Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 206. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 5. Mai 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 4. Mai, Abends. In heutiger Offertverhandlung sind die 40 Millionen 60er Loose den Häusern Rothschild zum Course von 2½ zuerkannt. Pereira bot 100, 85½.
[Angek. 9¼ Uhr Vormittags.] (Wolff's T. B.)

Triest, 3. Mai. Der Lloyddampfer „Neptun" ist mit der Ueberlands-Post eingetroffen. Die Nachrichten aus Calcutta reichen bis 4. April, aus Bombay bis 13. April. Ein aufgefangener Brief des Sultans Achmed Jan an den Schah von Persien soll versichern, daß Herat sich noch ein Jahr gegen den Emir Dost Mohammend halten könne.

Mostar, 2. Mai. Mahmud Pascha ist gestern von Trebinje hier angekommen. Morgen werden bei 40 dort arretirte Türken, darunter einige Mitglieder des Regierungsrathes, genügend escortirt, zur Aburtheilung hier eintreffen. Auf 17 andere wird gefahndet. Die ganze christliche Bevölkerung ist vollkommen befriedigt und dankbar. — Allerorts herrscht vollkommene Ruhe.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

38. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (4. Mai.)

Vice-Präsident Behrend eröffnet die Sitzung bald nach 10¼ Uhr. — Am Ministertische: v. Selchow und ein Regierungs-Commissarius. — Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein. Der erste Gegenstand derselben sind die vier Berichte der Agrar-Commission über zahlreiche Petitionen aus der Rheinprovinz, den Erlaß eines Consolidationsgesetzes betreffend, den eine Gruppe der Petenten so dringend befürwortet, wie ihn eine andere bestimmt ablehnt. Bekanntlich schwebt in der Rheinprovinz seit Jahrzehnten die Controverse über die Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit eines solchen Gesetzes. Dessen Aufgabe ist, nach Angabe des Berichts, folgende: „Auf Antrag eines Theils der Grundbesitzer, im Wege eines von der zuständigen Behörde, nach gesetzlich gegebenen allgemeinen Vorschriften zu leitenden Verfahrens, wider den Willen und den Widerspruch eines andern Theils der Interessenten, einen solchen Umtausch der zerstückelten und vermischt untereinander liegenden, verschiedenen Besitzern gehörigen ländlichen (land- oder forstwirthschaftlich benutzten) Grundstücke gegen Entschädigung zu bewirken, wodurch für jeden Besitzer eine möglichst zusammenhängende, für die freiere und zweckmäßigere Bewirthschaftung der Grundstücke günstigere Lage erzielt wird, und wobei jeder Grundeigenthümer, beziehungsweise jede besondere selbstständige Grundbesitzung, ihre Abfindung und Entschädigung für die in die Consolidationsmasse einzuwerfenden, zur Umlegung und Umtauschung gelangenden bisherigen Grundstücke, nach deren Werthe, unter Berücksichtigung ihrer Bodenbeschaffenheit, Culturart und Gattung, Güte und Ertragsfähigkeit, auch Nähe oder Entfernung, in der Regel in anderen Grundstücken wieder erhält." Für die Rheinprovinz speciell ist dabei die in einigen Gegenden herrschende große Zerstückelung des Grundbesitzes zu berücksichtigen. Die Fragen der Freiheit des Eigenthums, der volkswirthschaftlichen Zweckmäßigkeit, des agrarischen Nutzens sind dabei maßgebend. Nach sehr eingehenden wiederholten Erörterungen beantragt die Commission, die Petitionen aus den Kreisen **Wetzlar** und **Neuwied** (wo von früher her gewisse Consolidations-Verordnungen bestehen) der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen; die Petitionen aus anderen Theilen der Rheinprovinz sollen der Regierung als Material bei der Gesetzgebung übergeben werden.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen bemerkt die Commission ausdrücklich, daß es sich dabei „keineswegs um die Frage handelt, ob für die ganze Rheinprovinz oder für welche anderen Theile und Gegenden, sowie unter welchen besonderen Bestimmungen und Voraussetzungen ein Gesetz über die Consolidation zu erlassen sei." — Zunächst wird eine Generaldiskussion über sämmtliche Petitionsberichte beschlossen. Zu derselben haben sich eine große Anzahl von Rednern, namentlich gegen die Commissionsanträge eingeschrieben. Referent **Lette** rechtfertigt die Commission namentlich deswegen, daß sie nicht direkt den Erlaß eines Consolidationsgesetzes für die ganze Rheinprovinz befürwortet habe. Seine Ausführungen bleiben aber auf der Journalistentribüne unverständlich, zumal im Hause große Unruhe herrscht. — Von den Abg. **Frech** und v. **Bunsen** ist ein Amendement eingebracht, welches dahin geht, in der Erwägung, daß die Frage wegen eines Consolidationsgesetzes für die ganze Rheinprovinz noch nicht spruchreif sei, nur die Petitionen aus den Kreisen Wetzlar und Neuwied der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. **Reichensperger** (Geldern) spricht sich in einer mehr als einstündigen Rede gegen die Commissionsanträge und gegen den Erlaß eines Consolidationsgesetzes sehr eingehend aus. Soweit der Redner auf der Journalistentribüne verstanden werden kann, ist sein Gedankengaug folgender: In den Commissionsberichten müsse selbst der Versuch einer sächlichen Rechtfertigung der Commissionsanträge vermißt werden: dieselben enthalten nur ganz allgemeine doctrinäre Schlußfolgerungen, die aber so sehr concreter Voraussetzungen entbehren, daß sie auf jedes andere Land genau ebenso zutreffend seien, wie auf die Rheinprovinz. Die Berichte enthalten ein Universalrecept, das schon als solches einen schlechten Namen habe. Er sei gegen jede zwangsweise Consolidation **erstens**, weil dieselbe das direkte Gegentheil einer freien Agrarcommission sei. Für den gemeinen Mann sei ein, wenn auch noch so kleiner Grundbesitz, der beste Schutz gegen die Gefahr, dem Proletariat zu verfallen, jede einzelne Parzelle begründe eine bürgerliche Existenz und trage am meisten dazu bei, die Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit des kleinen Mannes zur Durchführung zu bringen. Die freie Agrarverfassung beruhe auf der richtigen Voraussetzung, daß das Interesse der Erwerber und Veräußerer der beste Regulator für Vertheidigung des Grundeigenthums sei. Daß diese unbeschränkte freie Verfügung des Mißbrauchs fähig sei und Uebelstände im Keime tragen könne, sei zuzugestehen, dies besage aber nichts gegen jenes Prinzip, das sich dadurch wahrhaft bewähre, daß der Preis des Grundeigenthums trotz der Parzellirungen nicht heruntergegangen sei. Was die Petitionen von Wetzlar und Neuwied angehe, so erforderten dieselben ein allgemeines Consolidationsgesetz und diesen Antrag mache die Commission zu dem ihrigen.

Aus Anerkenntniß des logischen Widerspruchs, wegen **lokaler** Uebelstände ein **allgemeines** Konsolidationsgesetz zu erlassen, sei das Frech'sche Amendement hervorgegangen, das aber auch nicht genüge. Die Behauptung, daß die Petitionen aus den Kreisen Wetzlar und Neuwied allgemein in den Gemeinden unterschrieben seien, sei thatsächlich unrichtig; im Gegentheil habe in vielen Gemeinden sich keine andere Unterschrift als die des Schullehrers gefunden, u. es möge dahin gestellt bleiben, ob diese letztere nicht dadurch herbeigeführt sei, weil bei den Konsolidationen in der Regel einige Morgen Landes übrig bleiben, die dann von den Regierungsbehörden dem Pfarrer oder Schullehrer zugewiesen würden. (Heiterkeit.) Man habe es hier jedenfalls nur mit dem Verlangen einer winzigen Minorität aus den Gemeinden zu thun. Aehnlich verhalte es sich mit der hervorgehobenen Befürwortung der Konsolidation durch die landwirthschaftlichen Lokalabtheilungen. Von sechsundfünfzig Lokalabtheilungen hätten nur einundzwanzig jenes Bedürfniß anerkannt, und auch deren Stimme wiege leicht, da in diesen Lokalabtheilungen nicht die Ansicht des betheiligten Landes zu erkennen sei; denn durch die Nachlässigkeit der Gutsbesitzer, namentlich der größeren Rheinprovinz, sei das Heft aus deren Händen leider übergegangen in die bureaukratischen Hände der Landräthe und Bürgermeister, welche so in den Lokalabtheilungen überwiegend wären. (Mehrseitige Zustimmung.) Die Einwände, welche als Nachtheile der Parzellirung oft hervorgehoben wurden, seien durchaus selbstgemachte; dahin gehöre besonders der als Folge der Parzellirung behauptete Verfall der Viehzucht, der Mangel an Wegen, der so groß sei, daß die Parzellenbesitzer oft nicht zu ihren Besitzungen gelangen könnten. Der letzte Einwand insbesondere erledige sich einfach dadurch, daß nach rheinischem Recht Vicinalwege ganz nach dem Bedürfnisse der Interessenten von den Landbesitzern gestattet werden müssen. Solche Einwände hätten durch positive Zahlen begründet werden müssen, jetzt enthalten sie nur allgemeine Redensarten und würden auch nur von denjenigen Augenzeugen erhoben, welche aus den alten Provinzen mit den Konsolidationsideen in die Rheinprovinz gegangen seien. Man verweise dann zur Begründung der Konsolidation wohl auf die altländischen Gemeinheitstheilungen, beide hätten aber nichts mit einander zu schaffen. Denn hier handelte es sich um reelle Theilung eines Gesammteigenthums unter dessen Theilhaber; an Stelle eines ideellen Eigenthums trete für die Theilenden ein reelles. Die Konsolidation biete nichts dem Aehnliches.

Zweitens aber müsse sich der Redner gegen die Consolidation erklären, weil, wenn man auch den guten Willen hätte, die Rheinlande mit der Consolidation zu beglücken, dieser Wille an der Unmöglichkeit der Ausführung unübersteigliche Schranken finden würde. Diese Schranken beständen einmal in dem rheinischen Rechtssinn, den man nicht brechen wolle und brechen könne, der an dem Eigenthum festhalte. Schon unter Kleist-Retzow'scher Verwaltung sei die Consolidationsidee ernsthaft betrieben worden, hätte aber damals keinen Boden gefunden. Die andere Schranke aber würde jener Wille an der Verfassungsurkunde finden, die eine zwangsweise Consolidation schlechthin verbietet, wenn sie im Art. 9 das Eigenthum für unverletzlich erkläre, auch gegenüber allen General-Commissionen und Majoritätsbeschlüssen. Auf seinem Grund und Boden sei jeder Eigenthümer voller Souverain, habe Zachariä ausgesprochen, und diese Vollgewalt des Rechts dürfe keine Majorität brechen. Die einzige Ausnahme, welche die Verfassung jenem Grundsatze gegenüber zulasse, sei im Falle der Expropriationen: diese könnten nur im Interesse des Ganzen stattfinden, während die Consolidation das Interesse der Einzelnen berühre; die Expropriation habe einen Zwangsverkauf zur Folge, ein Consolidationsgesetz dagegen den Zwangstausch. Die Appellgerichte hätten sich gegen die Consolidation ausgesprochen, hoffentlich würde dieses von Rechtsgrundsätzen getragene Votum in diesem Hause ein Echo finden. — Der Redner schließt mit einer Polemik gegen mehrere Stellen der Commissionsberichte und führt aus, daß die in den Berichten angeführten fremden Consolidationsgesetze auf ganz entgegengesetzten Grundlagen erwachsen seien, wie sie in der Rheinprovinz vorhanden wären. (Mehrfacher Beifall am Schluß.)

Abg. **Haake** (Stendal) vertheidigt unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses die Anträge der Commission, bleibt aber auf der Journalistentribüne völlig unverständlich.

Vice-Präsident **Behrend** theilt mit, daß ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über sämmtliche Petitionen eingegangen sei.

Minister der landw. Angelegenheiten v. **Selchow**: Die Regierung hält die ganze Frage noch nicht für spruchreif, ob eine Gesetzgebung, welche die Consolidation bezweckt, vorzunehmen sei oder nicht. Es liegt Ihnen, meine Herren, eine lange Reihe von Petitionen vor, welche auf den Erlaß eines Consolidationsgesetzes gerichtet sind. Ihre Commission hat vorgeschlagen, sie der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Es liegt aber auch eine andere, vielleicht noch größere Reihe von Petitionen vor, welche **gegen** eine Consolidation gerichtet sind. Die Frage ist in den dortigen Landestheilen controvers, sie ist es auch in diesem Hause. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes hält die Regierung sich verpflichtet, alle Organe, die darüber ein Urtheil haben, namentlich aus den betreffenden Provinzen, zu hören. Das hat sie gethan, das wird sie fortsetzen. Ich kann Sie nur bitten, diese Petitionen **für** und **gegen** der Regierung einfach zur Erwägung zu überweisen. Sie wird sie prüfen, als ein nutzbares Material behandeln, ebenso wie die stenographischen Berichte der heutigen Verhandlung.

Abg. **Bleibtreu**: Auf eine Widerlegung der so eben gehörten Vorlesung wolle er nicht näher eingehen, weil er sie wenig verstanden habe; er wolle auf die Sache auch nicht näher eingehen, weil der gegenwärtige Zeitpunkt sehr ungünstig sei und weil nach seiner Ansicht die Sache wirklich noch nicht spruchreif sei. Er wolle nur einen Grund hervorheben, nämlich den, daß der Erlaß eines solchen Gesetzes wesentlich im Interesse der großen Grundbesitzer liege, daß aber der kleinere Grundbesitz ein viel geringeres, ja fast gar kein Interesse daran habe. — Er begreife nicht, warum die Commission die Petitionen für das Gesetz der Regierung zur Berücksichtigung, die Petitionen gegen dasselbe dagegen nur als Material überweisen wolle. Gerade die Gegenpetitionen beruhten auf dem bestehenden Rechte und die Abänderung desselben müßte doch durch sehr dringende Gründe gerechtfertigt werden. Die Petitionen für das Gesetz seien häufig nur von einer Person unterzeichnet, oft nur vom Ortsvorsteher, Prediger und Lehrer (hört! hört!), sie trügen im Ganzen 491 Unterschriften, während die beiden Kreise Wetzlar und Neuwied über 400,000 Einwohner zählten. Das Bedürfniß für ein solches Gesetz sei noch nicht nachgewiesen, auch sprächen politische Gründe dagegen. — Gerade aus der Partei heraus, die gegenwärtig der Verfassung feindlich entgegenstehe, sei vor längerer Zeit ausgesprochen, daß die westlichen Provinzen besonders regierungsbedürftig seien; er gebe zu bedenken, ob es an der Zeit sei, die Regierungs**lust** herauszufordern.

Die Discussion wird geschlossen.

Der Referent Dr. **Lette** vertheidigt die Anträge der Kommission und weist, bei Widerlegung der erhobenen eingetretenen Einwendungen, besonders darauf hin, daß die in Bezug genommenen **Gegen**-Petionen **nicht** gerichtet seien gegen eine Consolidationsgesetzgebung überhaupt, sondern nur gegen die Petitionen aus Wetzlar und Neuwied. Die Commission hätte also schon deshalb keine Veranlassung gehabt, in Betreff des vorliegenden Petitums, ihren Antrag zu ändern. Der Abg. **Bunsen** bemerkt persönlich, daß er unrichtig als für den Commissionsantrag notirt worden; er habe sich für den Aenderungsantrag gemeldet gehabt. — Der Abg. **Reichensperger** (Geldern) berichtet persönlich, wenn er von „geschlossenen" Gütern als Erforderniß der Consolidation gesprochen, so habe er damit nur ein thatsächliches Beispiel aus Hannover, Sachsen, Thüringen aufführen wollen. — Bei der Abstimmung wird über die zur Diskussion gebrachten Petitionen mit großer Mehrheit zur **Tages-Ordnung** übergegangen.

Abg. Dr. **Virchow** überreicht folgenden, ausreichend unterstützten Antrag: „Das Haus wolle beschließen zu erklären, daß es nach Art 60 und 108 der Verfassung nicht zulässig ist, daß die Minister sich bei den Verhandlungen des Hauses durch Commissare vertreten lassen, welche nicht auf die Verfassung vereidigt sind." Der Antrag wird der Geschäfts-Ordnungs-Commission überwiesen.

Es werden hierauf noch einige Petitionen erledigt. Im Dorfe Branau (Kreis Salzwedel) wurde in den Jahren 1825 und 26 ein Ackerhof dismembrirt und der vorgelegte Dismembrationsplan erhielt die Bestätigung der Regierung zu Magdeburg. Später wurde ein anderer Abgaben-Regulirungs-Plan entworfen und unter Anschluß des ersten bestätigt. Die Parzellenbesitzer Muhl und Gen. bitten um Wiederherstellung des ersten Planes. Die Commission beantragt Tages-Ordnung. Abg. **Parrisius** (Gardelegen) beantragt Ueberweisung der Petition an die Staatsregierung zur Berücksichtigung, weil das Recht der Petenten durch Aufhebung verletzt sei. — Das Haus beschließt jedoch Uebergang zur Tages-Ordnung.

Hierauf folgt der letzte Gegenstand der Tages-Ordnung, die Interpellation des Abg. v. Carlowitz, betreffs der Vorfälle in Inowraclaw. — Auf die Frage des Vice-Präsidenten an den inzwischen eingetretenen Minister des Innern, Graf **Eulenburg**, ob und wenn die Reg. dieselbe zu beantworten gedenke, antwortet derselbe, daß er sofort zu antworten bereit sei. In Folge dessen erhält zur Motivirung der Interpellation das Wort der Abg. **von Carlowitz**: In der Sitzung vom 28. Februar hat sich die Mehrheit dieses Hauses gegen die Convention mit Rußland erklärt und es ausgesprochen, daß es dem Interesse Preußens allein entspreche, keine der kämpfenden Parteien zu unterstützen oder ihr zu gestatten, das preußische Gebiet bewaffnet zu übertreten. Wir sind zwar gewöhnt, daß unsere Beschlüsse keiner besonderen Beachtung bei der königlichen Staats-Reg. sich zu erfreuen haben, allein es giebt doch auch in der Nichtachtung eine gewisse Gradation. Und diesen Grad der Nichtachtung zu kennzeichnen, ist der meiner Interpellation zu Grunde liegende Vorfall geeignet. Ich ersuche Sie, m. H., jene unsere Resultate dem Vorfalle gegenüber zu stellen, der mir zur Interpellation Veranlassung gegeben — immer vorausgesetzt, daß die Beantwortung des Herrn Ministers denselben nicht vollständig in Abrede zu stellen vermag. Bevor ich indeß auf die Sache selbst eingehe, möchte ich noch Act nehmen von einigen Aeußerungen, welche der Herr Ministerpräsident bei Gelegenheit jener Debatte über die russische Convention gethan hat. Er bemerkte, es sei nicht wahrscheinlich, daß überhaupt Russen oder Insurgenten die preußische Grenze überschreiten würden; er bemerkte ferner, er glaube, die Insurrection werde keinen der Absicht der Insurgenten günstigen Verlauf nehmen, und er erklärte schließlich die ganze Convention für eine Seeschlange. Nun, diese Prophezeiungen sind nicht eingetreten: russische Truppen **und** Insurgenten haben die preußische Grenze überschritten, der Aufstand scheint mir eher Fortschritte als Rückschritte gemacht zu haben, und auch die Seeschlange scheint wirklich vorhanden zu sein. Sie taucht von Zeit zu Zeit auf und zeigt gar manche Züge, die jedenfalls dazu beitragen dürften, die Naturgeschichte dieses Ungethüms bekannter zu machen (Heiterkeit).

Ich komme zur Sache selbst. (Redner giebt eine kurze Darstellung des bekannten Vorfalls und fährt dann fort:) Erlauben Sie, meine Herren, daß ich diesen Vorfall in vier Thatsachen zerlege. Zuerst das Ueberschreiten der preußischen Grenze durch ein **bewaffnetes** fremdes Truppencorps, im Widerspruch gegen jene Prophezeiungen des Herrn Minister-Präsidenten, im entschiedensten Widerspruch gegen die Absichten dieses Hauses. Man hat uns früher einmal gesagt, ein russisches Corps habe die Grenze überschritten, sei entwaffnet, an die Grenze zurückgeführt und seien ihm dort die Waffen zurückgegeben worden. Das war damals — heut wird die Entwaffnung gar nicht erst vorgenommen. Es scheint mir danach die Convention nicht blos ein todter Buchstabe zu sein, die Seeschlange vielmehr ein sehr reeles Dasein angenommen zu haben. — Die zweite Thatsache ist die Mitführung von Gefangenen auf preußischem Gebiet. Wenn man den russischen Truppen die Gefangenen auf preußischem Gebiet nicht abnimmt, so weiß ich in der That nicht, wo da die Justizverwaltung des preußischen Staats bleibt, so lange nicht etwa ein Schutz- und Trutzbündniß mit Rußland geschlossen ist. Wir haben in unserm Beschlusse ausgesprochen, daß wir keine Unterstützung oder Begünstigung einer der kämpfenden Parteien wünschen — ist dies keine Begünstigung, wenn man den russischen Truppen nicht nur die Gefangenen läßt, sondern sie ihnen sogar nachführt?

Die dritte Thatsache ist das Geleiten russischer Truppen durch preußisches Militär. Der Trupp von 500 Mann Russen war **bewaffnet**, die escortirenden preußischen Truppen waren, den mir zugegangenen Nachrichten zufolge, der Zahl nach sehr schwach; es kann also wohl weniger auf ein **Sicherheitsgeleit**, als auf ein **Ehrengeleit** abgesehen gewesen sein. Ich lege auf diesen Umstand zwar weniger Gewicht, kann denselben aber in Verbindung mit den übrigen Thatsachen nicht mit Stillschweigen übergehen: er kennzeichnet die Sympathieen für Rußland, er illustrirt die Convention, er wird nicht verfehlen, einen üblen Eindruck bei den Westmächten zu machen. — Die vierte Thatsache — und auf diese lege ich das hauptsächlichste Gewicht — ist die angeordnete Unterbringung russischen Militärs als Einquartierung bei preußischen Staatsbürgern. Wenn auch eine Verwahrung der Gemeindevertretung gegen diese Anordnung nicht zu Stande gekommen, so steht doch fest, daß einzelne Bürger dagegen protestirt haben und der Meinung gewesen sind, daß ihnen damit Unrecht geschehe. Man sagt, daß diese Maßregel auf Grund einer Cabinetsordre getroffen worden, von der bisher nichts bekannt geworden. Nun weiß Jeder, der einmal mit Einquartierung bedacht worden, daß eine Einquartierung immer mit gewissen Lasten verbunden ist, nicht blos wegen der zu leistenden Verpflegung, sondern auch namentlich wegen der sonst damit verbundenen Unbequemlichkeiten. Preußischen Truppen gegenüber sind die Einwohner zur Tragung derselben verpflichtet, eine Last aber bleibt die Einquartierung doch immer. Allein das hätte man doch nicht für möglich gehalten, daß die Lasten, die man preußischen Staatsbürgern zu Gunsten preußischen Militärs auflegt, im Frieden auch auf russische Militärs ausgedehnt werden, daß man preußischen Bürgern zumuthet, russische Truppen einzuquartieren, ohne daß ein Bündniß mit Rußland geschlossen worden. Wenn die Staatsregierung eine desfallsige Convention geschlossen, so war es ihre Sache, für die Einquartierung zu sorgen. Das würde sie z. B. durch Bewilligung einer höheren Vergütung gewiß erreicht haben. — Das ist allerdings eine Frage, die die Rechte der einzelnen Staatsbürger beeinträchtigt, und ich meine, daß, wenn wir, die Wächter dieser Rechte, diesen Gegenstand nicht zur Sprache gebracht hätten, würden wir allerdings unsere Pflicht nicht erfüllt haben. Selbst wenn die Bürger der Stadt nicht dagegen protestirt, sondern einmüthig sich für die Aufnahme der russischen Einquartierung erklärt hätten, sei es aus Menschlichkeit, sei es, weil jene Cabinetsordre vorhanden ist, würden wir die Sache hier haben zur Sprache bringen müssen. Denn wenn eine solche Ordre vorhanden, die die Rechte der Staatsbürger beeinträchtigt, muß das Haus um seine Zustimmung gefragt werden.

Ich erwarte von dem Herrn Minister die Bestätigung oder die Abweisung der getroffenen Maßregel und ich erwarte, daß, wenn die Abweisung nicht erfolgt, das Haus eintreten werde für die verletzten Rechte preußischer Bürger. — Ich möchte schließlich noch bemerken, daß ich mich vor Stellung der Interpellation gefragt habe, ob ich damit nicht die Interessen Preußens verletze; ich bin aber zu der Ansicht gekommen, daß eine Diskussion der Sache die Interessen des Landes mehr fördern, als ihnen nachtheilig sein könne. Ich erinnere an die Haltung der Westmächte, und ich meine, wenn dieses Haus durch die Diskussion klar legt, daß es mit der Haltung der königl. Staatsregierung nicht einverstanden sei, könnte das jene Mächte versöhnen (?) und von unseren Grenzen einen Krieg abwenden, den ich nicht fürchte, wenn er im Interesse des preußischen Volks geführt wird, den ich aber in **dieser** Gemeinschaft als ein Unglück für Preußen betrachte. (Bravo!), als ein Unglück, das Preußen überdauern wird, aber das jedenfalls dem Lande schwere Prüfungen auferlegen wird. (Beifall.)

Minister des Innern Graf **Eulenburg** (nach Verlesung des **1.** Punktes der Interpellation): Ich kann darauf nur nach Maßgabe derjenigen Dokumente antworten, die mir bisher amtlich zugegangen sind. Der Ober-Präsident von Posen schreibt mir Folgendes: (Der Minister verliest das betreffende Schreiben, dessen Inhalt dahin geht:) Der Landrath des Kreises Inowraclaw habe berichtet, daß eine russische Kolonne von **375** Mann zu Fuß und **82** Reitern nach mehrstündigem Kampfe mit den Insurgenten über unsere Grenze gegangen sei, und zwar, nachdem die russischen Truppen ihre Munition verschossen und einen Verlust von **15** Todten und Verwundeten erlitten. Letztere hätten sie mit über die Grenze herübergebracht, darunter **6** schwer Verwundete, die in einem anderen Orte als Inowraclaw untergebracht seien. Eine Anzahl verwundeter Insurgenten, welche dem diesseitigen Staate angehören, seien von einer Militärpatrouille nach Inowraclaw gebracht worden. — Vervollständigt werde diese Nachricht durch den militärischen Bericht, wonach der Uebertritt jenes Corps ebenfalls gemeldet und gesagt werde, die russischen Truppen seien nicht in Inowraclaw, wohl aber in drei anderen in dem Bericht genannten Orten untergebracht. Der Minister bemerkt: heute sind sie wahrscheinlich schon über die polnische Grenze wieder zurück. (Aufregung.)

Ich beantworte also die Interpellation dahin, daß die Regierung Kenntniß hat von dem Uebertritte eines russischen Truppencorps, daß diese Truppen jedoch nicht in Inowraclaw, vielmehr in drei anderen Orten untergebracht sind, und daß ihr von einem Widerspruche der Bürger nichts bekannt sei. Es ist gesagt, jene Truppen hätten auch Gefangene mit sich geführt. Darüber habe ihm der Oberpräsident nichts gemeldet. In dem Berichte des Militärbefehlshabers ist die Rede von fünf Gefangenen aus Russisch-Polen, die nicht an dem Gefechte betheiligt waren, sondern bereits vorher arretirt, weil sie die Salinenkasse beraubt und Pferde mitgenommen hatten. Diese Gefangenen, auf deren Festhaltung der russische Commandeur bestand, wurden an die Militärwache in Kruschwitz, eine preußische, abgeliefert. Auf den zweiten Punkt der Interpellation antworte ich einfach: eine solche Cabinetsordre existirt nicht. — Auf die dritte Frage bemerke ich, daß sich dieselbe wesentlich dadurch erledigt, daß die Frage ad 2 verneint worden ist. Im Allgemeinen möchte ich hierbei vorausschicken, daß der Fall, in welchem die Regierung sich nicht getrauen sollte, eine ihrer Maßregeln zu rechtfertigen, überhaupt wohl nicht gut vorkommen dürfte (Verwunderung). Wenn früher von dem Herrn Ministerpräsidenten erklärt worden ist, daß er eine solche Ueberschreitung der Grenzen nicht für wahrscheinlich halte, so ist dabei eine andere Art von Ueberschreitung gemeint gewesen, als diese: in dem hier vorliegenden Falle handelt es sich nicht um eine willkürliche Benutzung des preußischen Gebiets, sondern es ist dieses Corps, von drei Seiten her von den Insurgenten umzingelt, herübergedrängt worden. Eine solche Thatsache entzieht sich selbstverständlich jeder Voraussicht und Vorausbestimmung Wenn nun die Truppen nicht entwaffnet worden sind, so kann man doch nicht behaupten, daß eine Entwaffnung gesetzlich hätte eintreten müssen. Es kann sich hier nur um das Bedenken handeln, ob das Belassen der Waffen in dem concreten Falle eine Besorgniß habe erwecken können. Der betreffende Offizier schreibe, er habe an zwei Orten die Russen aufgestellt gefunden; die preußischen Besatzungen wären sofort alarmirt und schnell auf ihren Alarmplätzen erschienen. Die russische Cavallerie habe abgesessen, und das ganze Corps sei von da ab von der preußischen Truppenbegleitung nicht wieder verlassen worden. Die russischen Truppen hätten sich musterhaft geführt. — Was die Gefangenen betrifft, so erledigt das der Ihnen mitgetheilte Bericht. Ein feierliches Geleit der russ. Truppen habe nicht stattgefunden; es ist ein militärisches Geleit gewesen, zur Gewährung des nöthigen Schutzes. Und was die Einquartierung betrifft, so ist dieselbe nicht verlangt

worden, als zwinge dazu das Gesetz oder eine Ordre, sondern es handle sich dabei nur um eine Einquartierung, wie solche stattgefunden hat in Fällen, wo verwundete Insurgenten übergetreten seien. Da, wie bemerkt, ein Widerspruch zu amtlicher Kenntniß nicht gekommen ist, so muß ich einstweilen annehmen, daß bei dem ganzen Vorfalle mit der größten Schonung und Milde verfahren worden ist. Zum Schluß verliest der Minister noch den Theil des Militärberichtes, der namentlich von der Mühe handelt, um ein provisorisches Lazareth für die Blessirten zu schaffen.

Es wird eine Discussion beschlossen. Abg. v. Sybel: Der Herr Minister hat eine Reihe der in der Interpellation hervorgehobenen erschwerenden Momente auf Grund der ihm zugegangenen Berichte als unbegründet bezeichnen können. Er hat auch angeführt, daß eine Entwaffnung fremder auf das preuß. Gebiet getretener Truppen gesetzlich nicht vorgeschrieben sei. Dies ist allerdings richtig, soweit man nur die positiven Landesgesetze vor Augen hat, aber unrichtig vom Standpunkt der allgemein anerkannt völkerrechtlichen Bestimmungen. Der Herr Minister hat uns nicht gesagt, was mit den fünfhundert übergetretenen Russen geschehen ist. Nach den bekanntgewordenen Nachrichten sind dieselben mit den Waffen in der Hand auf den polnischen Boden hinübergeleitet worden, um dort den Kampf fortzusetzen. Dieser Vorgang constatirt den völkerrechtlichen Charakter eines Ereignisses, welches entgegensteht den Beschlüssen dieses Hauses und in schreiendem Widerspruch steht mit den Interessen unseres Staates (sehr richtig). Das Wort „Convention" ist vom Minister nicht erwähnt worden; wir wissen also auch nicht, ob jener Vorgang eine Folge der Convention ist, ob er eine Fortdauer der Convention darthut. Eine Thatsache selbst aber enthält das unmittelbare factische Bundesverhältniß zwischen Preußen und Rußland, und es war daher ein patriotischer Entschluß des Abg. v. Carlowitz, wenn er das Haus aufforderte, seine Mißbilligung des Verfahrens der Regierung zu erklären, auszusprechen, daß es an dem thatsächlichen Bunde mit der russischen Regierung gegen den polnischen Aufstand keinen Theil hat. (Zustimmung.) Wenn ich die wärmsten Wünsche für die Integrität und das Wohl unseres Vaterlandes hege, so halte ich es um so mehr für nöthig, auszusprechen, daß die Bahn des schrankenlosen Absolutismus verlassen werden muß, jene Bahn, auf der die Regierung den Wind säet, und auf der nicht blos sie, sondern auch das Land den Sturm ernten muß.

Für diese absolutistische Gesinnung ist auch jener Vorgang in Inowraclaw ein Zeugniß, wie denn in den äußeren wie in den inneren Verhältnissen tagtäglich die Belege dieses absolutistischen Verhaltens sich finden, nicht desjenigen, der an Preußens Größe gearbeitet, weil die anderen Kräfte der erforderlichen Entwickelung entbehren, sondern eines Absolutismus, der seine Stärke darin findet, gegen den Widerspruch aller Welt etwas Verkehrtes, Ungerechtes zu thun (hört! hört!), weil ohne diesen Widerspruch ja alle Welt stark sein kann — der die Macht behaupten will, trotzdem sein Thun Verkehrtheit und Ungerechtigkeit ist. Wenn wir in den Ereignissen zurückgehen, so finden wir Schritt für Schritt Spuren eines solchen Absolutismus. Die Regierung hat behauptet, daß die Provinz Posen voll Zündstoffs sei. Wenn dies der Fall, so kennt die Regierung doch die zur Erdrückung dieses Zündstoffs angemessenen Mittel, die Erklärung des Kriegszustandes. Trotzdem aber thut die Regierung, was nach den gewöhnlichen Gesetzen des Landes nicht gerechtfertigt ist, ohne doch den Belagerungszustand zu erklären. Man will aber gerade darthun, daß eine starke Regierung so etwas, wie gesetzliche Grundlagen, nicht bedarf. Ebenso ist es mit der Finanzfrage: die Kriegsbereitschaft hat nothwendig Geld erfordert, obwohl der Landtag versammelt ist, so unterläßt man es doch, ihm Vorlagen über die erforderlichen Geldmittel zu machen. Aber eine starke Regierung thut eben, was sie will, und zeigt dadurch, daß sie stark ist. Ein Staatsmann, der zehn Jahre lang als Verfechter der conservativen Politik in ganz Europa gegolten, Guizot, hat gesagt, es könne keine schlechtere Regierungsschule als die des Absolutismus geben: weil man im Innern thun könne, was man wolle, so glaube man auch dem Auslande gegenüber seinen Eigenwillen allein gelten lassen zu können; ist man mächtig, so gehe man in Durchführung seines Eigenwillens bis zum Wahnsinn; ist man schwach, so baut man auf und reißt ein nach augenblicklichem Gefallen. Diese Stelle, geschrieben vor der Einsetzung unseres gegenwärtigen Ministeriums, nämlich gegenüber den letzten Entwicklungen des Königreichs Neapel, sei doch Zug für Zug anwendbar auf die preußische Regierung (Heiterkeit).

Man ist ein Capalier russischer Disciplin im Innern, und will es nun auch jenseits der Grenzen sein. Man warf sich in die gegenwärtigen Verwickelungen, — wenn mit Voraussicht der Folgen, so finde ich keinen parlamentarischen Ausdruck für eine solche Gesinnung, wenn ohne Voraussicht, so finde ich keinen parlamentarischen Ausdruck für die politische Fähigkeit eines solchen Mannes. Preußen hat die wichtigsten Aufgaben in Schleswig, in Hessen, es hat die deutsche Frage zu verfolgen, die Interessen des Zollvereins dem Auslande gegenüber wahrzunehmen. Nichts ist einleuchtender, als daß aus der Natur dieser Aufgabe die eine unverbrüchliche Regel hervorgeht, daß man ohne eigene Noth nichts zu thun hat, was das gute Verhältniß mit den Westmächten zu compromittiren geeignet ist. Man kann aber keine jener Fragen lösen, wenn man die Sympathien Englands vor den Kopf stößt und Oesterreich die Bahnen zu Frankreich öffnet. Unter so schwierigen Verhältnissen schloß man eine Convention, welche, vierzehn Tage nachher, das Ausland zu Mahnungen veranlaßte, die jedes preußische Patriotenherz schlagen ließen. Unter solchen Verhältnissen schrieb Hr. v. Bismarck seine herausfordernde Note vom 24. Januar d. J., um sich, 14 Tage später, mit ganz Europa zu überwerfen. Da findet wahrlich der Ausspruch Guizot's Anwendung: ist man schwach, so baut man auf und reißt ein, nach augenblicklichen Eindrücken, ohne jeden Plan. So lange Preußen beharrt in der Convention, so lange ist auch ein Heraustreten für Preußen aus einer erniedrigenden Stellung nicht möglich, so lange ist kein anderes Ende abzusehen, als Unterwerfung Preußens unter den deutschen Bund, oder ein zweites, aber folgenreicheres Olmütz. Wenn die aus der Convention entsprungene Politik Kriegsgefahr und Unterdrückung für Preußen im Schooße trägt, und ein Verfolgen unserer politischen Aufgaben unmöglich macht, dann ist es Pflicht dieses Hauses, der Regierung zuzurufen: in einer gerechten Sache werden wir gern Gut und Blut opfern, von einer ungerechten aber uns hinwegwenden und die Verantwortung auf das Haupt derer fallen lassen, die an der Ungerechtigkeit schuld sind. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Vincke (Stargardt) verlangt demnächst das Wort, um Klage darüber zu führen, daß nicht der Geschäftsordnung gemäß eine Verloosung der Redner stattgefunden habe, sondern sofort dem Abg. v. Sybel das Wort gegeben sei, obwohl er (v. V.) sich fast gleichzeitig mit diesem gemeldet. Es sei ihm für sich in diesem Falle gleichgiltig, ja sogar lieber, wenn er erst später zum Wort gelange, da er nicht ausgearbeitete Reden zu halten, sondern mit seinen Gegnern zu streiten pflege, aber nachdem ihm in der letzten Zeit schon zweimal das Wort abgeschnitten worden, sei er es seinen Gesinnungsgenossen schuldig, darauf zu halten, daß auch deren Ansicht zum Ausdruck gelange. — Es knüpft sich hieran eine lange Reihe von Berichtigungen, Entgegnungen u. dgl. Der Vicepräsident Behrend rechtfertigt sein Verfahren, Graf Schwerin und Osterrath geben dem Büreau die Schuld des ungleichmäßigen Verfahrens, v. Sybel, Behm, v. Vincke, Ziegert sprechen wiederholt über das Thatsächliche des Vorfalles, endlich schließt der Vicepräsident die weitausgesponnene Angelegenheit mit der Frage an v. Vincke, ob er nun noch die Verloosung beantrage. v. Vincke verneint dies. Abg. v. Hoverbeck beantragt nun, in Anbetracht der über dieser unerquicklichen Geschäftsordnungsdebatte so stark vorgeschrittenen Zeit (über 3 Uhr), den Schluß der Debatte; v. Mallinckrodt dagegen die Vertagung. Für ersteres stimmt nur ein Theil der Fortschrittspartei, für letzteres ebenfalls nur ein Theil des Centrums und des linken Centrums, so daß die Fortsetzung der Debatte sich daraus ergiebt. Der nächste Redner ist:

Abg. Graf Bethusy-Huc: Er begreife nicht, wie die Interpellation in dem gegenwärtigen Augenblicke gestellt werden konnte, nachdem nach den neuesten Vorgängen die Voraussetzungen derselben nicht mehr zutreffend seien. Der größere Theil der Rede des Vorredners sei von dem Gegenstande abgesprungen. Die einzelnen Punkte der Interpellation seien von dem Minister des Innern zur Genüge beantwortet, und es bleibe hier nur der Vorwurf stehen, daß das Ministerium der Resolution vom 28. Febr. nicht nachgegeben, daß es die Neutralität nicht innegehalten habe. — Was die Sympathien für Rußland anlange, so stehe er der auswärtigen Politik nicht nahe genug, um die Sympathien oder Antipathien der Regierung zu kennen; allein das Verfahren der Regierung, soweit es im preußischen Interesse sei, könne er nicht tadeln; jede preuß. Regierung müsse den Unterthanen Schutz gewähren, und dies habe die Regierung gethan. — Jede preuß. Regierung werde nur einen preußischen Krieg führen und jedes preuß. Abgeordnetenhaus werde zu einem solchen Kriege die Mittel gewähren. (Der Schluß der Rede bleibt der Unruhe im Hause wegen unverständlich.)

Abg. Gottschewsky: Er wolle sich nur an die Antwort des Hrn. Ministers des Innern halten. Wenn einzelnen Truppenbefehlshabern die Befugniß zustehe, die Entwaffnung fremder Truppen eintreten zu lassen oder nicht, dann werde eine solche Entwaffnung wohl niemals eintreten. Es habe also in dieser Beziehung die Regierung eine hinreichende Instruction nicht ertheilt. Der zweite Punkt der Interpellation handle von der Hinüberführung von Gefangenen. Der Herr Minister habe sich darüber nicht ausgelassen, ob diese Gefangenen den russischen Truppen bei ihrem Abzuge wieder übergeben seien. Gerade darüber liefen vielfache Gerüchte umher, u. a. werde auch erzählt, daß preußische Unterthanen sich darunter befänden (Hört!). Die Auskunft des Ministers in diesem Punkte sei also nicht ausreichend. Daß wirklich in Inowraclaw Einquartierung stattgehabt, darüber scheine der Herr Minister gar keine Nachricht erhalten zu haben. Die Einquartierung habe wirklich stattgefunden und in der Stadtverordneten-Verordneten-Versammlung daselbst, sei darüber gesprochen worden (hört! hört!). Er sei der Ansicht, daß die Stadtverordneten-Versammlung klug gethan habe, keinen Widerspruch zu erheben; er (Redner) als Volksvertreter fühle sich aber verpflichtet, Verwahrung gegen das Verfahren der Regierung einzulegen. Der Herr Minister habe selbst nicht behauptet, daß eine solche Einquartierung gesetzlich sei, er habe angegeben, daß eine Kabinetsordre nicht existire; aber er habe nicht angegeben, ob in dieser Beziehung eine Anordnung der Obrigkeit existire oder nicht. Diese Einquartierung lege den Unterthanen ungesetzlich eine Last auf, man habe nicht gewagt, polnische Einwohner mit Einquartierung zu belegen und schon deshalb sei sie ungerecht. Er bitte die Staatsregierung, Maßregeln zu treffen, daß derartige Ungerechtigkeiten nicht wieder vorkommen.

Abg. v. Vincke (Stargardt): Der Interpellant (oder Abg. v. Sybel?) habe nachzuweisen versucht, in wie weit der Ministerpräsident sich in der polnischen Frage geirrt habe; dem gegenüber sei es nothwendig, zu constatiren, in wie weit die Majorität des Hauses sich geirrt habe. — Wenn von dem sittlichen Charakter der polnischen Insurrection gesprochen, so müsse er zunächst constatiren, daß von der provisorischen Regierung in Warschau sogar der Meuchelmord proklamirt sei. Leider müsse er zugeben, daß auch von den Russen Gräuelthaten verübt seien, allein der Unterschied sei doch zu Gunsten der Russen, denn diese Gräuelthaten seien von russischen zuchtlosen Soldaten begangen, an denen die Regierung keinen Theil habe, während der Meuchelmord auf Befehl der provisorischen Regierung erfolgt sei. Es sei bestritten worden, daß preußische Unterthanen sich an dem polnischen Aufstande betheiligen könnten; sogar aus der Mitte des Hauses müsse er dies constatiren, denn der Abg. v. Bentkowski befinde sich nicht mehr hier, er sei die rechte Hand von Langiewicz gewesen und demnächst gefangen genommen. Wie man sich nach allen solchen Dingen unschuldig stellen könne, als ob Preußen gar keinen Antheil an dem Aufstande habe, begreife er nicht (Rufe von links: aber nur gegen Rußland). Nein, auch gegen Preußen selbst wären diese aufständischen Versuche gerichtet, und leider gebe dies Haus selber auch dazu Beispiele. Man werde sich nächstens mit dem Abg. Grafen Dzyalinski und Abg. Guttry in dieser Beziehung hier in einer Weise beschäftigen müssen, die ihm wenigstens peinlich sei. Der Abg. v. Sybel werde von der Regierung nicht verlangen können, daß sie allen Beschlüssen des Hauses unbedingt parire, denn sonst wäre ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz nicht nothwendig. Die Bedenken, welche derselbe den Maßregeln der Regierung entgegensetzt, könne er nicht theilen. Auf einen Aufstand finde die Neutralität völkerrechtlich nicht Anwendung, sie finde erst dann statt, wenn man die Insurgenten als kriegführende Macht anerkenne, wie das z. B. mit den Secessionisten Nordamerika's seitens Englands geschehen; deshalb habe es auch im Ermessen der Regierung gelegen, ob sie den russischen Truppen die Waffen belassen wollte oder nicht. Die Gefangenen, von denen die Rede war, seien keine Kriegsgefangenen, sondern, wie der Minister erklärt, Verbrecher gewesen, welche die Regierung hätte ausliefern müssen. Mit gefangenen Räubern hätte die Regierung nicht so verfahren können, als mit Kriegsgefangenen. Die russischen Truppen mußten aber, auch wenn die Convention nicht existirt, doch in einer Weise untergebracht werden, wenn man sie nicht auf freiem Felde liegen lassen wollte; das hätte schon die Menschlichkeit erfordert.

Der Thatbestand sei somit gerechtfertigt. Mit den Schlußfolgen der Abg. v. Carlowitz und von Sybel könne er sich nicht einverstanden erklären. Man spreche von der Seeschlange, von dem Bündniß mit Rußland so lange, bis man selbst daran glaube. Allerdings hätte auch er etwas mehr Klarheit in dieser Sache gewünscht. — Herr v. Sybel habe in seinem historischen Werke wiederholt auf die unglücklichen Folgen eines selbständigen Polens hingewiesen. Die Staatsregierung habe doch mindestens die Pflicht, Unheil abzuwenden von ihren eigenen Unterthanen, sie zu bewahren vor dem Uebertritt nach Polen, sie zu schützen gegen die Steuern der provisorischen Regierung, die Todesurtheile und Drohungen 2c. Warum suchen nach entfernten Gründen, wo so naheliegende vorhanden? Dazu müsse man eben ein weitsichtiger Historiker sein. — Ein Krieg mit Frankreich sei allerdings ein Unglück; darum brauche man dies aber nicht von der „Tribüne" zu proklamiren! (Unruhe) Die Betrachtung über die Stellung zu den Westmächten sei Wässer auf die Mühle des Auslandes. (Unruhe). — Die Politik gegenüber den Westmächten sei keine Erniedrigung, aber die Worte des Abgeordneten für Krefeld seien eine Erniedrigung für Preußen. (Unruhe.) — Da es nun einmal so weit gekommen, nehme er keinen Anstand zu erklären, daß der Abschluß der Convention überhaupt eine Ungeschicklichkeit war. (Beifall.)

Man konnte thun was man gethan hat zum Schutz der Grenze, aber ohne eine Convention, ohne es an die große Glocke zu hängen. An Stelle des Ministerpräsidenten würde er dieselbe übrigens den auswärtigen Mächten gegenüber nicht abgeleugnet, sondern erklärt haben, er werde thun, was dem Interesse Preußens entspreche. — In dem Augenblick, wo wir einen polnischen Aufstand an unserer Grenze hatten, und Frankreich den Krieg drohe, sei es ungeeignet, den Genossen unseres Gegners noch mit Complimenten entgegen zu kommen. — Mit Rücksicht auf die schon vorhandene Schärfe des Conflicts habe man keine Veranlassung, noch immer mehr Oel ins Feuer zu gießen durch Interpellationen wie die heutige, und so den Conflict mehr als nöthig zu steigern. — Die Majorität scheue sich nicht, dem Vaterlande Nachtheile zuzufügen, nur um dem Ministerium Verlegenheit zu bereiten; er nehme jetzt seinen früheren Wunsch, daß dieselbe einmal an's Ruder gelange, zurück, da er sehe, daß dies nur zum Unheil des Vaterlandes gereichen würde. (Beifall bei den Altliberalen, Zischen in der Fortschrittspartei und dem linken Centrum.)

Abg. v. Malinckrodt (bei steigender Unruhe des Hauses): Er habe confessionelle Sympathien mit den Polen, sei nicht blind gegen den russischen Druck in Polen, — das könne ihn aber nicht blind dagegen machen, daß das Verfahren der Regierung correct sei. „Wenn ich sehe, daß man zur Revolution schreitet, daß die ganze europäische Revolution zur Unterstützung herbeieilt, daß der Großmeister der Revolution von seinem Thron herab in's Feuer bläst, um seine Beute auf's Trockene zu ziehen, dann sehe ich keine Veranlassung zur Opposition gegen die Regierung. — Ein Schlußantrag des Abgeordneten Grafen Strachwitz wird abgelehnt (dafür nur die Feudalen, v. Auerswald, v. Vincke (Strehlen), Kühne. Abg. v. Bonin (Genthin) verzichtet auf's Wort.

Abg. Dr. Faucher: Der Abg. v. Vincke werde die Ungerechtigkeit seiner Vorwürfe gegen diese (linke) Seite des Hauses selbst einsehen, er werde zugeben, man könne der Ansicht sein, daß der Abschluß der Convention die Ausdehnung des Aufstandes gefördert, den jetzigen Zustand herbeigeführt habe. Beide Theile mögen die Vergangenheit in dieser Sache ruhen lassen. Ihn habe die Antwort der Regierung, die für die Sache glücklicherweise mehr Ruhe gezeigt, als Abg. v. Vincke, zum Theil durchaus befriedigt. Man habe dadurch erfahren, daß die Regierung sich nicht für berechtigt erachte, russische Truppen gleich den preußischen bei preuß. Staatsbürgern einzuquartiren. Die Grenzstädte würden nunmehr wissen, was sie in vorkommenden ähnlichen Fällen zu thun hätten. (Sehr gut.) Weniger befriedigt sei er von dem die Nichtentwaffnung der russischen Truppen betreffenden Theil der Beantwortung. Allerdings sei die Entwaffnung nicht durch das Hoheitsrecht geboten, darin theile er die Ansicht der Regierung. Das Hoheitsrecht liege nur darin, daß man die Wahl habe zwischen Entwaffnung und Nichtentwaffnung. Weniger Gewicht lege er darauf, daß die russischen Truppen, wie das Haus gehört habe, sich musterhaft betragen. Das pflegten geschlagene Truppen gewöhnlich zu thun, besonders wenn sie von preußischen Truppen begleitet würden. (Heiterkeit). Eine Verletzung des Völkerrechts finde er in der Nichtentwaffnung nicht. Dieselbe hänge von der den diesseitigen Truppen ertheilten Instruction ab. Auf diese Instruction für die Zukunft aber sei die jetzige Discussion vielleicht von Interesse. Wenn nun auch nicht eine Verletzung des Völkerrechts in der Nichtentwaffnung liege, so verbessere dieselbe doch jedenfalls unsere Lage in Europa nicht. Die Einquartierung könne sich wiederholen, und wenn man es den Geschlagenen möglich mache, sich stets auf neutralem Gebiete wieder zu sammeln, so nehme der Krieg niemals ein Ende.

Das Ausland müsse es, wenn Preußen und Rußland sich so unterstützten' so ansehen, als sei hier nur Eine Regierung, und im Interesse der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts müsse das Ausland sich einmischen. — Für die Auslieferung flüchtiger Verbrecher beständen Bestimmungen der Cartellconvention, aber die preußische Regierung mußte die Gefangenen übernehmen und die Forderung der Auslieferung von Seiten Rußlands erwarten. Den Vorwurf des Abg. v. Vincke, daß er (Redner) und seine Freunde den Nachtheil des Vaterlandes nicht scheuten, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, könne er nur dadurch beantworten, daß er ihn umgekehrt zurückgebe, indem er sage: der Abg. für Stargardt scheine den Nachtheil des Vaterlandes nicht zu scheuen, um der Regierung Dienste zu leisten. (Lebhaftes Bravo!)

Minister des Innern Graf Eulenburg: Er habe zugegeben, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Einquartierungslast auf den Fall nicht anwendbar seien, wo russische Truppen vorübergehend einquartiert werden, allein er habe damit nicht ausgesprochen, daß damit etwas Unerlaubtes geschehen sei. Es müsse von der Weisheit der dortigen Behörden abhängig gemacht werden, in wie weit sie Veranlassung finden, für die Unterbringung der Truppen zu sorgen. Der Standpunkt der Regierung sei, wie er wiederholt resümire, der: sie betrachte die Vorgänge im Königreich Polen nicht als einen Krieg zwischen Polen und Rußland, sondern als einen polnischen Aufstand gegenüber der benachbarten, befreundeten russischen Regierung.

Der Schluß der Debatte wird wiederum abgelehnt.

Abg. Dr. Virchow: Der Telegraph hätte den Minister des Innern in Stand setzen können, Aufschluß zu erlangen und hier zu geben über die angeregten Vorgänge, statt daß er nur die unzureichenden Berichte uns mitgetheilt, die ihm von Behörden schon vor Tagen zugegangen. Auch habe der Minister es unterlassen, darauf zu antworten, ob eine Cabinetsordre „oder anderweitige obrigkeitliche Anordnung" bestehe, die die Einquartierung fremder Truppen zur Pflicht mache. Der Minister habe nur die Existenz einer Cabinetsordre in Abrede gestellt, eine vollständige Antwort würde beruhigend sein. Den Abg. v. Vincke frage er, woher dieser die auf der Tribüne mitgetheilten neuen Nachrichten über die Vorgänge in der Provinz Posen erhalten habe? Seien es nur gewöhnliche Zeitungs-Nachrichten, so sei ihre authentische Vortragung auf der Tribüne merkwürdig, oder habe der Abg. v. Vincke besondere Informationen der Regierung, die er im Interesse der Letzteren zur Zeit verwerthe? (hört!) Seine (Redners) Partei habe zuerst darauf hingewiesen, welche Ausdehnung und welchen Aufschwung die Parteinahme unsrer Regierung dem polnischen Aufstande geben würde: diese Prophezeiung sei soweit erfüllt worden, daß polnische Frauen im Ernst darüber berathen haben, Hrn. v. Bismarck einen Lorbeerkranz zu überreichen (Heiterkeit). Wenn Hr. v. Vincke noch immer nicht einsehe, daß gerade die preuß. Politik es gewesen, welche der polnischen Frage ihren europäischen Charakter gegeben habe, dann begreife er überhaupt die schwere Crisis nicht, in welche unser Vaterland hineintreibe. (Sehr richtig!)

Der Schluß der Discussion ist nochmals beantragt; die Abstimmung ist zweifelhaft, die Debatte geht fort:

Abg. v. Zoltowski (Pleschen) auf der Tribüne fast unverständlich. Der Abg. v. Vincke habe Namen von Abgeordneten als beim Aufstande betheiligt in die Debatte gezogen, ehe noch die competente Behörde sich mit der Sache beschäftigt habe; das sei unerhört (lebhafte Zustimmung); ferner habe derselbe eine Fülle von Thatsachen vorgebracht, deren Richtigkeit noch zu erweisen stehe. Dieselben culminirten in der Behauptung, daß im Großherzogthum Posen auf Befehl der polnisch-provisorischen Regierung Todesurtheile vollstreckt würden. Selbst der Herr Minister des Innern sei über diese Behauptung erstaunt gewesen, von der er noch keine Kenntniß gehabt. (Heiterkeit.) Aus der Zuverlässigkeit dieser Nachricht möge man auf die der andern Behauptungen schließen.

Abg. v. Sänger: Wenn der Abg. v. Vincke von vielen Greuelthaten spricht, die auf Veranlassung des Central-Comite's in der Provinz Posen verübt seien, so müsse er doch bekennen, daß derselbe in seinem Eifer wohl etwas zu weit gegangen sei. (Hört! hört!) Dagegen seien von dem Comite aus an einzelne Bewohner der Provinz Posen Ausschreiben ergangen zu Beiträgen für die Nationalanleihe, die einen günstigen Erfolg gehabt hätten.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. v. Sybel, v. Vincke, Virchow, Faucher, v. Mallinckrodt.

Hervorzuheben dürfte davon nur die eine Bemerkung des Abg. v. Vincke (gegen Virchow) sein, daß er mit dem Ministerpräsidenten seit dem 24. Februar nur einmal ein politisches Gespräch gehabt, welches sich darauf beschränkt habe, daß er ihm bemerkte, seine neuliche Aeußerung, er werde mit oder ohne Gutheißen des Hauses Krieg führen, sei ungeschickt gewesen.

Schluß der Sitzung nach 5 Uhr. Nächste Sitzung: Dinstag 12 Uhr. Tagesordnung: Elbzölle 2c.

Berlin, 4. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem General-Major Blume, Inspecteur der 1. Artillerie-Festungs-Inspection, den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Pfarrer an der evangelischen Haberberg'schen Kirche zu Königsberg i. Pr., Superintendenten a. D. Dr. Wald, den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, so wie den Wärtern an der Provinzial-Irren-Versorgungs-Anstalt zu Brieg, Friedrich Mühl, Melchior Madey und Friedrich Hintze, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner die Wahl des Grafen Constantin von der Recke-Volmerstein auf Dammer zum General-Landschafts-Repräsentanten von Niederschlesien für die Zeit von Weihnachten 1862 bis dahin 1868 zu bestätigen.

Der bisherige Kreisrichter Kortum in Aschersleben ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Halberstadt und zugleich zum Notar im Departement desselben mit Anweisung seines Wohnsitzes in Halberstadt ernannt worden.

Der praktische Arzt 2c. Dr. Berten ist zum Kreis-Physikus des Kreises Rummelsburg ernannt worden. (St.-Anz.)

3. Mai. [Se. Maj. der König] fuhren um 8 Uhr nach Potsdam, wohnten dem Gottesdienste in der Garnisonkirche daselbst bei, nahmen hierauf die Parade über die 1. Garde-Kavallerie-Brigade (zu Fuß) ab, worauf ein Dejeuner im Stadtschloß stattfand. Hierauf begaben sich Se. Majestät nach dem Babelsberg, nahmen, begleitet vom Fürsten Pückler, einige Park-Anlagen in Augenschein, kehrten um ½6 Uhr hierher zurück und nahmen den Vortrag des Minister-Präsidenten v. Bismarck entgegen.

— 4. Mai. [Se. Majestät der König] nahm heute den Vortrag des Geheimen Kabinets-Raths Wirklichen Geheimen Raths Illaire und des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Raths Costenoble entgegen, und ertheilten dem Grafen Hohenthal eine Audienz. (Staats-Anz.)

Gewinne zur 4. Klasse 127. königl. preuß. Klassen-Lotterie.

Vom 4. Mai.

3 Gewinne von **5000 Thlr.** auf Nr. 9350 18344 65410.

4 Gewinne von **2000 Thlr.** auf Nr. 16488 62564 72707 85922.

44 Gewinne von **1000 Thlr.** auf Nr. 2479 2690 2699 3146 11505 12980 22846 26597 27752 29387 32338 32739 34816 36395 45601 48188 48711 50357 52580 52710 53415 55161 55491 56767 60305 63879 64045 66922 67937 71038 74735 76539 79469 79959 82005 83457 84849 85497 87628 89983 90788 92410 93961 94103.

52 Gewinne von **500 Thlr.** auf Nr. 1136 1700 2506 2888 5799 7238 10919 14679 16077 22634 22636 23827 23937 24872 26073 26777 27174 28105 31560 32404 33955 35565 36881 38710 40309 40697 44743 45925 47095 48984 49981 50781 60453 61922 62740 67249 71799 72613 74176 78403 79276 84240 84832 85989 88038 88063 90782 91238 91520 91656 92294 94847.

82 Gewinne zu **200 Thlr.** auf Nr. 1245 5121 7237 7789 8655 8701 8913 9496 9673 10390 12251 12896 13286 13630 13866 15092 17027 17054 18236 19855 20365 20483 22027 22035 22044 23432 23868 24848 24981 25319 26510 29888 30046 31353 31992 32589 32864 33215 34748 34798 39586 40219 43332 44120 44291 45114 46459 46709 47638 50197 57355 59981 61651 61930 63231 65202 65599 66030 66155 67800 68803 69725 69930 70124 73290 74669 77468 78525 79075 81562 81971 82264 84057 85628 86920 89148 90234 90560 90964 93388 94899 94996.

143 Gewinne zu **100 Thlr.** auf Nr. 336 831 951 1091 2061 2085 2412 2561 3025 3713 3774 3973 4109 5299 5577 6588 6713 6830 7905 8226 8774 10645 11205 11934 12475 13136 13889 14572 16163 16351 16504 17109 17376 17740 18252 18479 19760 19967 20353 21165 21714 22057 22084 22134 22744 25717 25842 26527 27663 29239 30445 31013 31031 31935 32582 33402 33633 33682 37772 37839 38593 39017 41636 41942 42526 42616 42758 42959 43038 43084 43988 44577 45707 46183 46198 49072 49345 50717 51799 53142 55777 57192 57900 59045 59097 59428 61539 62323 62357 63195 63254 63337 63738 63781 64124 64750 64859 68073 68197 68885 69098 70613 70958 71192 72291 72607 74855 75097 75198 78809 79392 79713 80137 80368 80371 80922 81197 81856 81978 82074 82258 82720 83064 83696 83894 83987 84298 86177 87247 87788 87798 87910 88997 89807 90223 90282 90370 90665 91515 92901 93000 93517 94202.

Gewinne zu **70 Thlr.:** 226 231 308 326 385 386 605 642 666 712 745 788 823 850 859 883 900 958 959 998. 1148 199 290 388 428 430 495 499 626 641 675 688 820 894 921 947. 2006 11 51 72 122 373 446 534 544 559 711 727 729 774 806 814 885 979. 3299 323 378 393 445 457 487 507 535 548 554 594 598 638 712 785. 4065 135 172 185 218 329 350 428 564 708 727 848 872 905 948. 5054 81 114 197 482 556 609 677 701 743 857 882 885. 6041 51 83 157 367 437 504 681 687 696 773 871 977. 7034 48 161 249 266 277 278 284 299 329 348 411 629 640 657 757. 8040 55 107 110 127 139 194 203 211 256 352 396 456 463 472 490 669 705 734 788 898 938. 9072 73 157 388 390 439 572 638 671 757 762 776 791 805.

10020 76 135 179 299 343 413 440 543 549 559 653 655 713 743 792 853 950. 11110 178 222 285 299 351 364 379 390 391 456 522 598 743 758 844 898 923. 12004 114 125 146 316 363 387 401 463 513 537 668 699 876 890. 13110 162 296 409 437 464 482 562 627 777 962.

14023 92 121 161 435 454 486 515 541 605 609 630 643 655 658 837 959 980. 15016 31 46 102 124 131 150 180 212 236 252 269 340 469 545 547 549 682 708 746 750 798 804 821 911 918 931. 16034 120 188 294 508 521 578 671 864 973. 17033 103 104 251 324 366 373 413 417 433 503 506 520 564 611 635 645 728 805 933. 18048 217 287 398 410 463 466 467 581 584 609 987. 19099 112 118 157 165 237 333 484 488 606 908.

20097 132 154 225 229 241 265 440 468 495 499 512 531 575 599 655 767 768 872 910. 21113 128 175 371 451 559 584 657 679 686 734 765 772 776 800 823. 22018 211 242 319 339 406 422 498 532 552 569 604 609 715 813 892. 23038 46 90 195 333 339 372 399 405 423 444 474 483 497 553 583 600 664 725 730 852 853 938. 24291 366 398 451 487 492 507 530 670 767 794 841 849 878 894. 25038 107 115 172 189 221 240 410 445 471 495 524 565 613 795 797 872 974 26158 169 197 215 254 296 435 585 889 630 636 672 729 812 850 971. 27016 25 47 107 120 146 147 286 371 394 397 403 483 484 514 518 633 667 727 906 916 983. 28006 106 207 269 286 321 343 347 369 447 472 480 482 532 538 544 612 721 738 828 909 944. 29073 79 83 254 320 427 619 691 692 967.

30056 77 89 90 101 106 188 214 216 226 293 299 330 340 388 400 477 498 619 658 700 719 839 847 936 990. 31017 68 70 82 339 346 354 395 459 466 493 499 581 650 674 681 861 912 930 934 987. 32024 48 138 188 196 232 264 280 333 363 395 451 542 655 656 758 876 899 940 965. 33069 166 180 232 272 351 362 374 418 443 461 473 526 548 638 678 705 784 823 826 859 876 923 936 948. 34000 32 111 217 262 408 425 437 450 608 612 660 681 728 788 810 863 872 892. 35005 48 139 258 312 373 403 536 607 611 612 614 700 707 741 875 880 884 886 944. 36064 105 236 287 310 387 423 497 524 572 579 686 707 735 796 855 933 968. 37120 136 267 270 296 302 521 559 619 653 762 838 904. 38017 68 114 154 303 405 453 657 759 770 799 804 845 902 998. 39073 127 231 497 510 608 663 667 720 804 918.

40019 49 59 263 456 498 505 571 695 714 747 854 895 903 939. 41070 81 377 432 518 529 568 576 629 640 787 800 806 818 831 872 919. 42005 60 80 106 149 207 243 341 619 637 672 686 824 854 856. 43015 33 39 80 234 254 428 499 532 548 631 743 829 848 872 939. 44066 161 274 278 286 295 300 324 369 408 429 457 495 553 558 608 640 659 673 813 824 845 958 976 986. 45095 149 174 194 254 294 531 555 585 586 588. 46148 179 196 293 322 462 472 512 562 593 729 746 824 944 945. 47260 281 301 378 438 642 729 789 798 846 889 994. 48017 101 243 327 458 510 537 614 674 684 660 (?) 689 728 881 981 990. 49014 37 112 184 220 224 403 508 558 563 750 786 808 859 904.

50203 226 340 342 365 370 551 612 624 788 792 835 848 883 51010 34 86 147 166 204 256 303 385 439 464 615 654 690 729 734 811 816 839 859. (614 731 831 901 923 933?) 52273 296 323 324 386 418 433 529 591 735 769 859 890 952 970. 53032 177 202 250 269 280 295 413 541 589 598 624 639 655 735 771 774 775 898 918 968 969. 54042 44 52 60 81 106 152 278 335 453 471 650 674 706 726 757 861 904 960. 55059 81 119 169 292 338 400 469 564 602 625 653 669 728 780 809 884 892. 56038 112 127 211 298 432 464 496 569 606 693 698 716 764 791 853 854 927 948 956 975. 57094 164 180 181 247 307 337 366 368 416 454 567 581 599 686 778 785 795 803. 58007 240 241 324 353 483 494 589 612 683 714 809 861 877. 59066 91 169 185 206 219 413 444 463 507 573 583 775 803 844 855.

60058 59 61 82 113 166 333 357 411 599 712 747 793 827 840 905 968. 61002 41 53 119 124 164 167 169 176 343 448 594 637 672 708 783 853 940 955. 62003 51 59 250 361 437 467 522 543 579 785 799 836 859 917. 63061 108 135 183 330 333 421 484 494 503 544 547 573 579 591 634 965 966. 64024 39 48 109 221 282 284 397 433 465 535 540 892. 65002 8 19 124 128 183 220 285 297 378 472 490 579 805 809 912 930. 66207 224 292 332 345 375 400 432 519 543 590 619 638 806 863 878 890 930 931 934 968. 67020 24 62 139 219 258 285 291 322 332 363 491 519 537 562 585 606 723 912 994. 68001 11 257 332 373 385 407 534 557 616 645 711 733 779 833 872. 69027 50 136 144 192 184 189 288 291 339 374 398 458 480 486 499 506 530 775 815 850 886 888 898 959.

70038 60 75 180 189 208 234 335 340 487 491 557 573 584 754 802 949. 71053 75 179 238 408 441 525 542 546 548 590 619 671 803 805 810 815 829 857 910. 72014 21 199 268 524 627 648 808 831 958 967. 73087 219 226 280 289 341 355 467 496 602 622 702 726 857 913. 74054 142 191 200 210 287 315 348 457 467 547 614 615 659 690 714 741 833 863 933 984. 75091 275 278 434 445 453 483 484 488 509 548 615 705 760 764 786 858 924 931. 76053 63 125 217 271 284 359 363 383 427 455 499 646 719 797 910 911 923 941 964. 77031 52 60 78 414 456 475 477 485 499 605 618 659 676 714 717 727 835 900 912 946. 78042 128 143 224 255 285 292 298 303 404 423 429 488 524 586 638 651 657 711 734 844 845 885 914 978. 79069 107 115 174 274 333 583 603 646 703 709 908 943.

80016 23 190 272 307 312 566 616 651 662 702 878. 81063 120 141 148 163 244 253 353 427 465 553 606 651 713 734 761 788 919 986. 82018 80 154 188 189 319 464 501 518 519 579 584 599 630 650 672 698 700 763 933 938. 83030 278 297 304 425 493 532 550 590 683 686 714 748 881 901 945. 84039 63 69 112 114 161 164 311 312 334 372 422 425 436 503 549 674 758. 85021 33 67 144 236 376 385 487 549 664 729 968. 86230 234 249 406 436 493 505 535 548 613 648 814 822 828 881 915 930. 87030 35 37 72 108 144 244 280 383 402 432 674 694 833 893 968. 88015 19 124 144 205 206 315 353 385 388 442 493 546 602 626 671 744 774 783 790 887 971 984. 89175 320 372 382 386 400 405 532 612 682 744 754 798 840 976.

90013 101 204 226 300 320 330 346 359 363 375 388 415 469 521 523 599 690 702 725 751 754 776 921 935. 91020 43 100 103 175 235 366 390 478 548 623 730 752 788 871 933 978 982. 92013 107 158 219 229 269 286 289 331 333 345 365 442 488 620 670 714 841. 93030 35 36 64 86 112 181 192 242 254 457 480 493 538 547 560 612 686 791 829 857 889 895 935. 94029 31 186 187 273 282 323 324 361 476 506 557 682 791 817 934 939 940.

[Militär-Wochenblatt.] v. Lüderitz, Major und etatsm. Stabs-Offiz. vom 2. Garde-Dragoner-Regt., mit der Führung des Garde-Kür.-Regts., unter Stellung à la suite desselben, beauftragt. Gr. zu Solms-Wildenfels, Rittmeister und Esc.-Chef vom Garde-Kür.-Regt., v. Schack, Rittmeister und Esc.-Chef vom 2. Garde-Drag.-Regt., zu Majors und etatsm. Stabs-Offizieren befördert. Frhr. v. Wechmar, Hauptm. und Komp.-Chef vom 1. Niederschlef. Inf.-Regt. Nr. 46 und kommandirt bei dem Stabe des Oberbefehlshabers des I., II., V., VI. Armee-Corps, unter einstweiliger Belassung in diesem Verhältniß und unter Ueberweisung zu dem Kommando der 7. Division, v. Jena, Hauptm. und Komp.-Chef vom 2. Garde-Regt. z. F., unter Ueberweisung zu dem General-Kommando des VI. Armee-Corps, in den Generalstab versetzt. Stoeckel, Pr.-Lt. vom 3. Oberschles. Infant.-Regt. Nr. 62, unter Beförderung zum Hauptm. und Komp.-Chef, in das 1. Niederschles. Infant.-Regt. Nr. 46, Sack, Pr.-Lt. vom 2. Westf. Inf.-Regt. Nr. 15 (Prinz Friedrich der Niederlande), in das 3. Oberschles. Infant.-Regt. Nr. 62 versetzt. Piltz, Mouillard, Port.-Fähnrs. vom 4. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 63, zur Reserve entlassen. Frhr. v. Stenglin, Ob.-Lt. und Kommand. des Garde-Kür.-Regts., mit der Regts.-Unif. und Pens. der Abschied bewilligt.

[Ryno Quehl.] In diesen Tagen ist hier der General-Consul Dr. Quehl aus Kopenhagen eingetroffen. Da hinter der so auffällig hervorgetretenen literarischen Opposition, welche dieser Beamte dem Ministerium macht, verschiedentlich mehr gesucht wird, als muthmaßlich dahinter steckt, so schenkt man dem unerwarteten Besuche, den Dr. Quehl der Hauptstadt macht, besondere Aufmerksamkeit. Derselbe hat sich jetzt nach Krossen, einer Besitzung des früheren Minister-Präsidenten v. Manteuffel, begeben.

[Merkwürdige Gerüchte.] Die „B.- u. H.-Z." schreibt: In unserer Stadt sind seit einigen Tagen Geschichten in Umlauf, von denen wir nicht wissen, was wir daraus zu machen haben. Wegen der Bedeutung, die sie für die Zeitereignisse haben, lassen sie sich jedoch nicht ganz ignoriren. Unter Anderm wird seit einiger Zeit die plötzliche Abwesenheit eines den höchsten Kreisen angehörenden hohen Militärs auffällig bemerkt. Bald heißt es, er sei nach Konstantinopel gereist, bald werden andere Richtungen angegeben, nach welchen er sich begeben haben solle; selbst daß er incognito ein russisches Commando gegen die polnischen Insurgenten habe, wurde behauptet. In den letzten Tagen verlautete — und dieses an anscheinend gut unterrichteten Stellen — dem genannten Offizier sei wegen unehrerbietigen Verhaltens gegen eine hohe Person auf drei Monate der Aufenthalt in einer schlesischen Festung angewiesen.

Posen, 4. Mai. [Belagerungszustand.] Die Aufregung, welche die am Donnerstag und Freitag vorgenommenen zahlreichen Verhaftungen von polnischen Gutsbesitzern aus der Provinz in einzelnen Kreisen hervorgerufen hat, ist gegenwärtig durch das drohende Schreckbild des Belagerungszustandes noch vermehrt worden. Wie es heißt, ist die Erklärung desselben über Stadt und Provinz von unseren Militärbehörden dringend verlangt worden und soll deshalb am Freitag Nachmittag bereits eine Conferenz von sämmtlichen Chefs der hiesigen Civilbehörden stattgefunden haben, in welcher dieselben sich aber einstimmig gegen die Erklärung des Belagerungszustandes ausgesprochen haben sollen. Diese Erklärung kann bekanntlich nach dem Gesetze vom 4. Juni 1851 über den Belagerungszustand nur vom Staatsministerium ausgehen, provisorisch und vorbehaltlich der sofortigen Bestätigung und Beseitigung durch dasselbe aber auch rücksichtlich einzelner Orte und Distrikte durch den obersten Militär-Befehlshaber in denselben, jedoch erst auf den Antrag des Verwaltungschefs des Regierungsbezirks, ohne welchen sie nur, wenn Gefahr im Verzuge ist, erfolgen darf; in jedem dieser Fälle muß über die Erklärung des Belagerungszustandes und die dabei erfolgte Suspension auch nur eines einzigen Artikels der Verfassungs-Urkunde den Kammern sofort Rechenschaft gegeben werden. Dieser letztere Umstand bürgt wohl allein schon dafür, daß die Verwirklichung dieses Schreckgespenstes noch nicht in allzu naher Zeit zu erwarten steht.

Seit Ende voriger Woche müssen die hier garnisonirenden Truppen schon des Abends um 8 Uhr in ihren Quartieren sein. Man bringt diese Anordnung mit dem am Bußtage stattgefundenen großen Militär-Exceß in Verbindung. — Gestern Mittag fand eine polizeiliche Revision im Zimmer des hier mit österreichischem Passe sich aufhaltenden Galiziers Uruski statt. Während seiner Abwesenheit öffnete man seinen Koffer und untersuchte alle seine Effecten und sein Zimmer, ohne indessen irgend etwas Verdächtiges zu finden. Dem nach der Revision eintretenden Uruski erklärte der abgehende Polizeibeamte: „es ist alles in Ordnung." (Ostd. Z.)

Deutschland.

Karlsruhe, 30. April. [Ein officieller Artikel gegen die Bismarcksche Politik.] Gegen eine Insertion der „Kreuz-Zeitung", als könnte die badische Regierung eine antinationale Politik verfolgen, bringt die „Karlsr. Ztg." einen längeren Artikel, dem wir Folgendes entnehmen:

„Sind wir recht unterrichtet, so erging von Seiten des k. französischen Kabinets, nach Erlassung der Noten der drei Kabinette von Wien, London und Paris, auch an die übrigen europäischen Kabinette, die nicht schon Partei ergriffen hatten, die Aufforderung, sich der Befürwortung eingreifender Reformen in Polen bei dem russischen Hof anzuschließen. Die großh. Regierung glaubte, wie wir vernehmen, ihrerseits nicht berufen zu sein, in einer so zweifellos europäischen Frage einen vereinzelten Entschluß zu fassen, sondern sie wies auf die Nothwendigkeit hin, daß vorgängig der Bund in seiner Gesammtheit über die Haltung schlüssig werde, welche die deutschen Staaten in dieser Angelegenheit einzunehmen hätten. Zu unserm Bedauern wird uns mitgetheilt, daß eine solche Vergemeinsamung der Entscheidung der deutschen Regierungen nicht zu erreichen war, und wir bezweifeln, daß die großh. Regierung es für angemessen erachten wird, allein und vereinzelt sich geltend zu machen.

Wir wollen dabei nicht unentschieden lassen, daß die Ansicht unserer Regierung über die einzig mögliche Richtung dieser eventuellen Bundesresolution schwerlich dem Standpunkte würde haben entsprechen können, welcher bei der „Neuen Preußischen Zeitung" die Entrüstung ihres Artikels in der polnischen Frage erweckt hat und die Grundlage ihrer politischen Anschauungen in derselben abgiebt. Wir können gewiß nicht wünschen, daß Deutschland sich bereits in diesem Stadium der Frage von der Mehrzahl der europäischen Staaten loslöse und sich ihnen in hoffnungsloser Isolirung entgegenstelle, ohne Aussicht, auf die sich entwickelnden Ereignisse bei der extremen Maßlosigkeit der ersten Ausgangsstellung noch einwirken zu können, — ohne Aussicht, zu nützen, und ohne Chance des Erfolges. Wir hoffen, daß die großherzogliche Regierung nicht Anstand nehmen wird, ihren vollen Dissens von einer so verhängnißvollen Politik auszusprechen, einer Politik, welche den unverbesserlichen Fehler hat, daß sie bei der Wahl ihrer politischen Verbindungen weder die Rücksicht auf die Gleichgewichtsverhältnisse Europo's, noch auf Erhaltung des Weltfriedens, noch endlich auf die Vertretung großer nationaler Interessen genommen hat. Ein solches Interesse liegt aber für Deutschland zur Zeit vor Allem und allein in der holsteinischen Frage. Durch sie wird unsere Politik und unsere politischen Verbindungen sich bestimmen lassen müssen.

Wir haben nichts gemein mit Tendenzen, die um innerer Parteizwecke willen mit der Gefahr großer Kriege spielen und fremden Interessen gefällig werden, bevor das feststeht, was die eigenen verlangen können. Die „Neue Pr. Ztg." wird aber gewiß nicht im Stande sein, uns zu sagen, mit welcher politischen Kombination wir am besten unser gutes Recht und unsere in Holstein verpfändete Ehre beschützen können, und wir werden ihr daher nicht folgen, wenn sie verlangt, daß wir vorschnell und thatsächlich uns in den schwebenden Fragen engagiren. Deutschland aber wird nicht zweifelhaft sein, welcher von beiden Standpunkten den Ruhm nationaler Position, und wer den Vorwurf des Gegentheils verdient."

Die „Nat.-Ztg." schließt hieran folgende Correspondenz aus Karlsruhe: „Die politischen Kreise sind in hohem Grade überrascht von dem Angriff, welchen die „Karlsruher Zeitung" heute gegen Herrn v. Bismarck richtet. Daß die Tendenzen der badischen und der gegenwärtigen preußischen Politik diametral auseinander gehen, brauchte uns freilich das officielle Blatt nicht zu verkünden; dagegen ist es bei der intimen Verbindung des hiesigen mit dem berliner Hofe immerhin ein bemerkenswerthes Novum, daß das Organ der badischen Regierung sich veranlaßt sieht, die längst bestehende Divergenz der politischen Ansichten und Bestrebungen so unumwunden, so scharf aufzudecken. Dieser Artikel hat offenbar etwas von einem Alarmruf und es braucht nicht gesagt zu werden, an welche Personen er hauptsächlich adressirt ist. Bemerken Sie dabei noch eins. Der Artikel ist vom 26. April datirt, dem Tage, an welchem hier die insolente Insinuation der „Kreuzztg." bekannt wurde, und er wäre ohne Zweifel am nächsten Tage erschienen, wenn nicht der Großherzog auf einer Jagdpartie im Schwarzwalde gewesen wäre. Der hohe Herr kehrte gestern Nachmittag nach einem Besuche bei der Königin von Preußen in Baden, hierher zurück und heute bringt die Zeitung die Erklärung gegen Herrn v. Bismarck. Es liegt wohl auf der Hand, daß die badische Regierung nach allen Umständen so nicht handeln könnte, wenn sie nicht die bestimmteste Ueberzeugung von der dringenden Gefahr gewonnen hätte, in welcher sich Preußen und Deutschland augenblicklich befindet, und von der Pflicht, Alles daran zu setzen, um dieser Krisis vorzubeugen."

Wir möchten übrigens, was die allgemeine politische Lage betrifft, noch bemerken, daß die Gefahr für Deutschland nicht blos in einer preußisch-russischen Allianz, sondern eben so sehr in den Zugeständnissen liegt, durch welche unser Ministerium in diesem Augenblick zum Schaden der nationalen Interessen eine Annäherung an Oesterreich erkaufen könnte. Trotz der officiösen Prahlereien ist es kein Geheimniß, daß unsere Regierung ihre Isolirung nicht eben angenehm empfindet und sich sehr stark zu irgend einem Pakt mit Oesterreich hinneigt. Die österreichische „General-Correspond." macht aber bereits bemerklich, daß man ja in Berlin wisse, zu welchem Preise die Freundschaft des wiener Hofes zu haben sei.

Oesterreich.

Wien, 4. Mai. [Die Rückantwort Rußlands an Oesterreich] lautet in wortgetreuer Uebertragung:

Depesche des Fürsten Gortschakoff an Herrn v. Balabin zu Wien, datirt Petersburg 14./26. April 1863.

„Ich habe von dem Herrn Geschäftsträger Oesterreichs am Vormittage des 5./17. April Mittheilung einer Depesche des Grafen Rechberg bezüglich der gegenwärtigen Lage des Königreiches Polen erhalten.

Ich füge angeschlossen eine Abschrift dieses Aktenstückes bei, gleichwie der ähnlichen Mittheilungen, welche von den Höfen von London und Paris bezüglich des nämlichen Gegenstandes gemacht wurden; ferner der Depeschen, die ich auf Befehl unseres erhabenen Herrn an die Vertreter Sr. Majestät bei diesen beiden Höfen gerichtet habe. Wollen Sie Abschriften dieser beiden letzten Actenstücke dem Grafen Rechberg übergeben.

Meine Depesche an den Baron Brunnow überhebt mich der Nothwendigkeit, über die Absichten unseres Allerhöchsten Herrn mich ausführlicher zu verbreiten. Dieselben finden sich hier mit all der Ausführlichkeit niedergelegt, welche die Frage erfordert.

Ich möchte indeß hinzufügen, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs vollkommen die Absichten, von welchen Se. Majestät der Kaiser geleitet worden, erkannt hat, indem er voraussetzt, daß die Zerstreuung der bedeutendsten bewaffneten Banden im Königreiche unserm Allerhöchsten Herrn gestatten würde, auf die Eingebungen der Gnade zu hören, welcher das Herz Sr. Majestät niemals verschlossen geblieben ist.

Der Kaiser hat erst jüngst hiervon einen Beweis gegeben durch sein Manifest vom 31. März.

Unser erhabener Herr begreift die Besorgnisse, welche die beklagenswerthen Ereignisse, die sich in unmittelbarer Nähe seiner Grenzen begeben, dem wiener Kabinette einflößen, sowie, daß dasselbe auf deren Wendung einen sehr großen Werth legt. In dieser Beziehung kann indeß seine Sorge nicht größer sein, als diejenige ist, welche unser erhabener Herr dieser Angelegenheit widmet.

Gleichwohl wird der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten sicherlich nicht verkennen, daß die Rückkehr des Königreichs Polen zu den Bedingungen eines dauerhaften Friedens nicht blos von den innern Maßregeln abhängt, welche zu diesem Behufe in Anwendung gebracht werden können. Wir glauben nicht erst nöthig zu haben, ihn auf die permanente Verschwörung hinzuweisen, die Auswärts durch die Partei der europäischen (cosmopolite) Revolution organisirte permanente Verschwörung, welche die Hauptquelle dieser Bewegungen ist.

Die auswärtigen Regierungen, welche sich für die Beruhigung Polens interessiren, aus Rücksicht auf den Einfluß, den der Zustand dieses Landes berufen ist, auf die Ruhe Europas auszuüben, können viel thun, um diese Ursache der Unordnung, deren Gegenstoß schließlich sie selbst berühren würde, zu beseitigen; so lange dieselbe besteht, wird sie in jedem Falle die Wirkung haben, den Erfolg der Bemühungen zu durchkreuzen, welchen wir zu dem Zwecke uns hingeben, die Ruhe wieder herzustellen, deren jenes Land und die benachbarten Staaten gleicherweise bedürfen.

Wir hegen die feste Ueberzeugung, daß zu seinem Theile das Wiener Kabinet, indem es in der Haltung verharrt, welche es von Beginn der gegenwärtigen Bewegung an angenommen hat, nichts verabsäumen wird, um jenen gefährlichen Umtrieben Maßregeln entgegenzusetzen, die ebenso entsprechend seinen eigenen Interessen, als den internationalen Beziehungen mit Rußland sind.

Sie sind ermächtigt, eine Abschrift der gegenwärtigen Depesche dem Herrn Grafen Rechberg zu übergeben.

Genehmigen 2c. 2c.

†† **Krakau**, 3. Mai. [Zustände in Galizien.] Die liberale wiener Tagespresse fängt nachgerade auch an, über das Auftreten der Behörden in Galizien bedenklich das Haupt zu schütteln. Die Leichtigkeit, mit der man sich in diesem Kronlande über die mit so vieler Mühe erstrittenen Grundrechte der constitutionellen Staatsordnung hinwegsetzt, und die souveraine Verachtung des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit, welche man in Krakau und Lemberg so offen zur Schau trägt, hat endlich selbst die gemäßigten Organe der freisinnigen Journalistik nachdenklich gemacht, da — abgesehen von allen etwaigen Sympathien für die Sache der Polen — die Rücksicht zu naheliegt, daß dasjenige, was seit einigen Wochen ungestraft in Galizien geschieht, bei einer anderen Gelegenheit in Niederösterreich oder Steiermark ebenso leicht versucht werden könnte. Hodie mihi, cras tibi. In dieser Beziehung war es wieder die „Presse", jenes Bollwerk der liberalen öffentlichen Meinung in Oesterreich, welche aus Anlaß der Internirung resp. Verhaftung des Ex-Dictators Langiewicz das Verhalten der Regierung vom logischen, rechtlichen und politischen Standpunkte schonungslos geißelte. Daß ihr aber der „Botschafter", dessen intime Beziehungen zu Hrn. v. Schmerling bekannt sind, durch eine so hohle, engherzige und geradezu absurde Rechtsauslegung, die nämlich, daß das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit nur auf österreichische Staatsbürger anzuwenden sei und Ausländer keinen Anspruch darauf hätten, antworten würde, hat selbst Freunde des Staatsministers überrascht. Daß nach dieser Theorie die Tortur, körperliche Züchtigung 2c., wenn man sie gegen Ausländer in Anwendung zu bringen für gut befände, vollständig gerechtfertigt sein würden, liegt auf der Hand. Nun dafür werden sich wahrscheinlich letztere bedanken. Nicht unwichtig jedoch wäre es, die Sache, weil sie nun einmal von einem ministeriellen Blatte aufgebracht worden ist, gründlich zu beleuchten, und auf das richtige Maß zurückzuführen. — Was Krakau anbetrifft, so leben wir hier thatsächlich im Belagerungszustand. Suspension des Habeascorpus-Gesetzes, nächtliche Haussuchungen, massenhafte Verhaftungen mit legalen Pässen versehener Ausländer, auf den bloßen Verdacht hin, daß sie gekommen seien, um sich der Insurrection in Polen anzuschließen, Ausweisungen auf die erste Denunciation russischer Agenten, unendliche Paß-Plackereien, Militair- und Bauern-Patrouillen, welche auf den Landstraße jeden Reisenden anhalten; das ist das wahre Bild der krakauer und westgalizischen Zustände, freilich mit der tröstenden Versicherung der „Donau-Ztg.", daß die Regierung nicht daran denke, „Ausnahmezustände" einzuführen, und vorkommende Ausschreitungen der Behörden bei strengerer Handhabung des Gesetzes nachdrücklich strafen würde. Das heißt wirklich, den Humbug mit der öffentlichen Meinung zu weit treiben. (Tout comme chez nous. D. R.) Die Gesetze werden tagtäglich auf das gröbste verletzt, Anzeigen erfolgen an den Staatsanwalt, an die höchsten Verwaltungs-Instanzen, die Presse ist voll von Erzählungen einzelner Fälle — trotzdem ist bis jetzt kein Beamter zur Verantwortung gezogen worden. — Betrunkene Bauern stürmten am 19. v. M. das Haus des abwesenden Besitzers v. Huta im brzszower Kreise und nahmen einige sich daselbst aufhaltende Uebergetretene aus Polen gefangen. Auf die Anzeige des benachbarten Gutsbesitzers v. K. eilt der Bezirksvorsteher Bissachini herbei und — belobt die Bauern wegen ihres Pflichteifers. In Szczakowa wird von dem dortigen Grenz-Polizei-Commissar am 28. v. M. ein vollständig legitimirter Reisender nach Warschau, Hr. J., ohne Weiteres angehalten, bis auf's Hemd ausgezogen, seine Sachen streng untersucht und nichts Verdächtiges gefunden. Auf seine Beschwerde wird ihm erwidert, es sei ein error in persona gewesen! Diese und ähnliche Geschichten sind hier an der Tagesordnung, und dennoch wagt man es, die Welt glauben zu machen, man fließe von Humanitäts-Rücksichten für die polnischen Insurgenten über, und daß man nur durch strengere Auslegung des Gesetzes etwaiger „Agitation" in Galizien vorbeugen wolle. Nun, sagen wir es offen, durch solche Maßregel beugt man der Agitation nicht vor, sondern ruft sie ins Leben. Auch der Gemäßigteste wird oppositionell, wenn man an ihm regierungsfeindliche Handlungen durch ungesetzliche Mittel imputiren will, wo sie in der That nicht bestanden.

Teschen, 1. Mai. [Dr. Prutek's Buße.] Heute Früh um 7¾ Uhr, schreibt die „Silesia", erschien der hiesige General-Vicar Anton Helm im Ornate mit fünf Priestern und Dr. Prutek vor dem Hochaltar der Pfarrkirche, jeder ein großes Buch in der Hand. Der feierliche Akt begann nun, indem die Priester gemeinschaftlich einen Bußpsalm sprachen; hiernach nahm der General-Vicar auf einem auf der obersten Altarstufe eigens aufgestellten Lehnstuhle Platz. Dr. Prutek kniete vor ihm auf die unterste Altarstufe nieder, und las das tridentinische Glaubensbekenntniß aus seinem Buche in lateinischer Sprache. Ein gemeinschaftliches Gebet der theilnehmenden Priester beendete den Akt.

Frankreich.

Paris, 2. Mai. [Die polnische Frage.] Man hat noch

heute im Ministerrathe die Erwägung der Frage begonnen, welche weiteren Schritte jetzt, nachdem die russische Antwort eingelaufen, in Petersburg zu thun seien. Man wird friedlich auftreten, aber dies hindert nicht, daß man sich fortwährend nach sicheren Bundesgenossen für alle Fälle umsieht. Es wird immer wahrscheinlicher, daß der Prinz Napoleon nicht ohne eine wichtige politische Veranlassung nach Italien gereist, und es ist viel die Rede von einem geheimen Bündnisse mit diesem Staate. Auch das Cabinet von Madrid hat man sondirt, in wie fern es unter gewissen Umständen geneigt wäre, sich Frankreich zu einem activen Auftreten anzuschließen. Herr Barrot hat jedoch bis jetzt wenig Befriedigendes zu berichten gehabt, vielmehr sich überzeugt, daß der Marquis Miraflores einem Bruch mit Rußland sehr abgeneigt wäre. Ein schwedisches Geschwader wird gegen Ende Mai den französischen Häfen einen Besuch abstatten, was auch wohl nicht ohne Bedeutung ist. — Bis jetzt drücken die halboffiziellen Journale friedliche Hoffnungen aus. Am weitesten geht darin der zwar nicht französisch, wohl aber russisch-officielle „Nord", der so zu sagen der Allianz Frankreichs mit Rußland wieder das Wort redet. Nicht ohne Bedeutung ist es jedoch, daß die „Nation", die noch immer von Herrn Drouyn de Lhuys inspirirt ist, von der russischen Antwort gar nichts sagt, dagegen die sog. polnischen Noten sehr scharf kritisirt und sich dahin ausspricht, daß Rußland für Polen gar nichts gethan hat, so lange es fortfährt, Polen zu entnationalisiren. (K. Z.)

Belgien.

Brüssel, 2. Mai. [Polenfrage.] Sowohl von englischer Seite, wie auch von Paris aus ist an das belgische Cabinet die Einladung ergangen, der diplomatischen Action in Petersburg bezüglich des polnischen Aufstandes sich anzuschließen. Die hiesige Regierung hat jedoch, unter Hinweisung auf die vertragsmäßige Neutralität Belgiens, jenes Anerbieten freundschaftlich abgelehnt. (K. Z.)

Großbritannien.

E. C. **London,** 2. Mai. [Aus dem englischen Blaubuche.] Daß Preußen aufgefordert worden war, sich den Vorstellungen der drei Mächte in Petersburg anzuschließen, ist sattsam bekannt. Die Gründe, um derentwillen dieses Anerbieten abgelehnt wurde, sind am besten aus einer Depesche Sir A. Buchanan's an Earl Russell zu ersehen. Sie ist vom 14. März datirt, und Folgendes sind die bezeichnendsten Stellen:

Herr v. Bismarck (so schreibt der britische Gesandte in Berlin) theilte mir mit, er habe die Erwiderung auf Ew. Lordschaft Note keine weitere Mittheilung dem Grafen Bernstorff zukommen lassen, und was er in Bezug auf die Stellung Preußens gegen Polen und die gefährliche Nachbarschaft, die aus einem unabhängigen polnischen Staate für Preußen erwachsen müsse, gegen mich geäußert habe, hätte mich überzeugen sollen, daß die preußische Regierung Rußland nicht drängen könne, Maßregeln zu ergreifen, deren unvermeidliche Tendenz darin bestehen würde, die Nationalität Polens wieder herzustellen, und welche Preußen nöthigen würde, sein Heer um 100,000 Mann zu vermehren. Er bemerkte, die von Ihrer Majestät Regierung dem Kaiser von Rußland empfohlenen Concessionen würden dessen polnische Unterthanen nicht befriedigen, und was sie jetzt erhielten, würde als Mittel gebraucht werden, um später zur Unabhängigkeit zu gelangen und die Losreißungen ihrer polnischen Provinzen von Rußland, Oesterreich und Preußen anzustreben. Ihrer Majestät Regierung können somit nicht erwarten, daß Preußen sich Maßregeln anschließe, welche seiner Meinung nach zu einem solchen Resultate führen würden.

Rußland.

Unruhen in Polen.

Miloslaw, 1. Mai. [Gefecht bei Peisern und Ossowie.] Am 29. v. M. war ein aus Konin auf Recognoscirung ausgesandtes russisches Detachement in der Stärke von etwa 1000 Mann bis Peisern vorgedrungen. Da es dies Städtchen von dem etwa 1500 Mann starken Taczanowskischen Insurgentencorps besetzt fand, so eröffnete es aus 4 Geschützen ein mehrstündiges Bombardement gegen dasselbe, das aber den Insurgenten, die in einem alten Kloster Schutz fanden, wenig Schaden that. Auch ein Sturm wurde auf die Stadt versucht, der aber tapfer zurückgeschlagen wurde. Die Russen zogen hierauf in der Richtung auf Kazmierz ab, ohne von den Insurgenten verfolgt zu werden. (Ueber dies Gefecht hat die Bresl. Ztg. schon kurz berichtet.) Die Verluste waren auf beiden Seiten nicht bedeutend. Die Insurgenten geben die Zahl ihrer Todten auf 7, ihrer Verwundeten auf 27 an. (Nach dem „Dz. posn." haben der Graf Dzialynski und der Abgeordnete W. Niegolewski an diesem Treffen Theil genommen. Ersterer soll verwundet sein. (Pos. Z.)

Die „Ostd. Ztg." bestätigt die im gestrigen Mittagbl. gemeldete Niederlage der Insurgenten bei Ossowie. Sie meldete: „Am 29. April rückten russische Colonnen zugleich von Wloclawek und von Konin gegen die Polen aus. Bei dem Dorfe Ossowie, in der Nähe des Städtchens Brdow stießen sie auf Jung-Blankenheim, von dem sich Seiffried, Oborski und Zielinski kurz vorher getrennt hatten. Ungefähr 500 Mann stark — ein Theil hatte sich schon vorher, da man eine Wiederholung des Kampfes nicht dachte und die Meisten von den immerwährenden Märschen ermüdet waren, zerstreut — wurden die Polen auf das offene Feld gedrängt und erlagen hier der russischen Uebermacht. 70 wurden getödtet, unter ihnen Jung-Blankenheim selbst, 85 gefangen, darunter zwei Priester, der Rest wurde zersprengt. Unter den Gefallenen befindet sich ein Sohn des Abgeordneten Dr. Libelt."

□ **Von der polnischen Grenze,** 4. Mai. [Gestörter Verkehr.] Gestern ist abermals eine Brücke zwischen Petrikau und Babi demolirt worden, deswegen traf der Schnellzug von Warschau erst gegen 7 Uhr in Kattowitz ein. Der direkte Güterverkehr nach Warschau ist somit bis auf Weiteres wieder unterbrochen, die Passagiere werden durch Umsteigen in einen jenseits der Brücke bereitstehenden Reservezug weiter befördert. — Erheblicher sind die Unterbrechungen auf der Warschau-Bromberger Bahn. Zwischen Lowicz und Pniewo sind eine ziemliche Strecke lang Schienen und Schwellen herausgerissen und die Telegraphen-Leitung zerstört. Auf dem Bahnhofe Ostrow sind die Weichen demolirt und zwischen Pniewo und Kutno zwei Brücken abgebrochen. Diese Unterbrechungen dürften nicht sobald beseitigt werden können.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 27. April. [Der Sultan,] der gestern die Dardanellen passirte, ist heute in Gallipoli angekommen. Er hat vom Vicekönig von Egypten als Dank für seinen Besuch zwei prächtige Panzer-Fregatten mit 38 gezogenen Kanonen zum Geschenk erhalten.

Amerika.

New-York, 13. April. [Ein erster Versuch von Panzerschiffen gegen Festungswerke.] Der lang erwartete Angriff auf Charleston oder vielmehr auf das Fort Sumter, hat am 7. stattgefunden und ist fehlgeschlagen. Freilich ist er auch auf eine Weise unternommen worden, die nicht erwartet worden war, nämlich durch die Panzerflotte allein, ohne eine gleichzeitige Demonstration seitens der Landarmee. Und von der Panzerflotte wiederum war die Fregatte „Ironsides", die sich in einer starken Ebbeströmung als unlenksam erwies und vor Anker gehen mußte, gegen das Fort Sumter gar nicht zu verwenden. Es blieben sonach nur 7 Monitors mit im Ganzen 16 Kanonen, um sich mit zwei kasemattirten Forts und drei nach allen Regeln der Kunst angelangten Bastionen, zusammen mit ungefähr 300 Geschützen schwersten Kalibers armirt, zu messen. Die bloße Constatirung dieses beiderseitigen Stärkeverhältnisses reicht hin, um dem Fehlschlag des Unternehmens Alles, was demüthigend oder beschämend erscheinend könnte, zu benehmen. Nicht das allein, sondern die Thatsache, daß jene armseligen Fahrzeuge 2 Stunden lang in einem ununterbrochenen Platzregen von 2—300pfündigen Projektilen ausdauern, während dieser Zeit zehn bis elf große Löcher in das Mauerwerk des Fort Sumter schießen und sich schließlich mit einem Verluste, der so gering ist, daß er kaum Erwähnung verdient (1 Todter, 2 schwer und etwa 12 leicht Verwundete), außer Schußweite zurückziehen konnten, wo dann das am dünnsten gepanzerte Fahrzeug nach Bergung seiner Mannschaft versank, — diese Thatsache liefert einen so vollständigen Beweis für die Tüchtigkeit der Panzerschiffe, daß man die von diesen abgelegte Probe als Ersatz für die unliebsame Verzögerung der Eroberung von Charleston acceptiren kann. (Wes. Ztg.)

[Mit den Aussichten der amerikanischen Union] steht es den letzten Nachrichten zufolge herzlich schlecht. Charleston, Vicksburg und Richmond scheinen uneinnehmbar zu sein, und die Schlappe, oder geradezu gesagt, Niederlage, welche die Unions-Flotte vor den erwähnten Orten erlitt, ist schlimmer gewesen, als sie sich anfangs darstellte, der Kampf eisenbekleideter Schiffe gegen Landbefestigungen hat in diesem Falle keine Illustration zu Gunsten der ersteren erhalten. Die Flotte des Unions-Admirals war so übel zugerichtet, daß er jeden Gedanken an eine Wiederholung des Angriffs aufgab und zwei der am wenigsten beschädigten Schiffe nach Port Royal schickte, wohin die übrigen demnächst folgen sollten. Es läßt sich annehmen, daß die neun gepanzerten Dampfer, welche Charleston bedrohten, nicht die schlechtesten Exemplare dieser neuen Gattung von Kriegsschiffen waren, und von dem während des Gefechtes in den Grund gebohrten Keokuk wissen wir, daß er für ein Fahrzeug galt, bei dessen Construction alle neuen sinnreichen Erfindungen der Schiffsbaukunst und Wissenschaft zur praktischen Anwendung gekommen waren. Ein merkwürdiger Umstand ist der, daß ganz auf demselben Schauplatze, wo die Union ihre bisherige letzte Niederlage erlitt, vor ungefähr zwei Jahren das Feuer des Bürgerkrieges zuerst entbrannte. Am 12. April 1861 war es, wo General Beauregard den Angriff auf das von Major Anderson befehligte Fort Sumter eröffnete, dessen Uebergabe nach 40stündigem Bombardement erfolgte. In New-York hat den dortigen Zeitungsberichten zufolge das vollständige Scheitern des gegen Charleston geführten Schlages große Niedergeschlagenheit im Gefolge gehabt und den alten Ruf nach einem Regierungswechsel lauter und lauter erschallen lassen. Aber dergleichen Stimmungen schlagen, wie die Erfahrung lehrt, in den Vereinigten Staaten sehr leicht und rasch in das Gegentheil um. Der Muthlosigkeit folgt die Siegesgewißheit auf dem Fuße, und Mißtrauen gegen die Regierung verwandelt sich in Vertrauen. Wenn die Stimmung im Süden eine gehobene ist, so dürfen wir uns darüber natürlich nicht wundern. Präsident Jefferson Davis hat die Gelegenheit benutzt, sich in einer an die Bewohner der Südstaaten gerichteten Adresse über die gegenwärtige Lage der Conföderation und ihre Aussichten für die Zukunft auszusprechen. Er nimmt Bezug auf die neulichen Niederlagen der Gegner bei Vicksburg, Port Hudson und Charleston und erklärt, die Streitkräfte der südlichen Regierung seien niemals so zahlreich und kriegstüchtig gewesen, wie in dem gegenwärtigen Augenblicke.

Breslau, 5. Mai. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: neue Taschenstr. Nr. 10 drei Flaschen Champagner und eine Cylinderlampe; aus einer Wohnung der sogen. Wehner- oder Jäger-Kaserne eine silberne Ankeruhr mit Goldrand nebst feiner goldener Uhrkette und goldenem Uhrschlüssel; Kupferschmiedestraße Nr. 46 eine schwarzseidne Mantille mit schwarzem Moire und schwarzseidnen Fransen besetzt und eine schwarzseidne Schürze; einer Dame während ihres Verweilens an einem Schaufenster auf der Junkernstraße ein braunledernes Portemonnaie mit 13 Thaler Inhalt; Albrechtsstraße Nr. 30 ein braunes Kattunkleid mit kurzen Aermeln, ein braun und weiß gestreiftes Kattunkleid, ein weißgepunkter lilafarbener Kattunrock und eine weiß und blau gepunkte Leinwandschürze.

Gestohlen oder verloren wurde: eine silberne Ankeruhr mit Goldrand nebst goldner Kette; auf der Rückseite der Uhr ist ein Hirsch eingravirt.

Polizeilich mit Beschlag belegt: eine Aktie des patschkauer Chausseebau-Vereins über 50 Thaler.

[Mortalität.] Im Laufe der verflossenen Woche sind excl. 4 todtgeborner Kinder, 51 männliche und 48 weibliche, zusammen 99 Personen als hierorts gestorben polizeilich gemeldet worden. — Hiervon starben: Im Allgemeinen Kranken-Hospital 7, im Hospital der barmherzigen Brüder 2, im Hospital der Elisabetinerinnen 2, im Hospital der Diakonissinnen (Bethanien) 1 und in der Gefangenen-Kranken-Anstalt — Person.

Angekommen: k. k. russ. Wirklicher Geheimrath Baron von Rastowitzki nebst Gemahlin und Dienerschaft aus Warschau. Se. Durchl. Fürst Bagration, kaiserl. russ. Rittmeister a. D., mit Dienerschaft aus Moskau. Oberst u. Präses der Remonteankaufs-Kommission Sackersdorf a. Berlin. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 4. Mai 10 U. Ab.	329,38	+10,0	W. 1.	Ueberwölkt.
5. Mai 6 U. Morg.	329,99	+8,2	W. 1.	Heiter.

Breslau, 5. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 17 F. 3 Z. U.-P. 4 F. 2 Z.

A. C. [Internationale landwirthschaftliche Ausstellung in Hamburg.] Zu dem bereits in einem unserer früheren Berichte signalisirten Apparat für künstliche Fischzucht ist dieser Tage ein interressantes Pendant hinzugekommen. Von der Blutegel-Colonie bei Hildesheim wurde nämlich ein Brutapparat angemeldet, der nach der vorliegenden Beschreibung, hohes Interesse zu erwecken verspricht und auf welchen wir die Aufmerksamkeit der zukünftigen Besucher hinlenken wollen.

Was uns dagegen sehr Wunder nimmt, ist, daß wahrscheinlich von den so mannichfaltigen Entwicklungen des Seidenbaues und seiner Produkte verhältnißmäßig wenig wird ausgestellt werden. Vielleicht dienen diese Zeilen dazu, die Seidenzüchter, namentlich die deutschen noch in der elften Stunde zur Beschickung der Ausstellung anzuregen. Der gleiche Fall findet leider auch bei den Bienenvätern statt. Auch sie sind im Verhältniß zu anderen landwirthschaftlichen Spezialbranchen noch außerordentlich zurückhaltend, während man allgemein glaubte, daß gerade in diesem Zweige der Landwirthschaft eine Art von Congreß — (und das soll die Ausstellung gewissermaßen sein) den wohlthätigsten Einfluß ausüben müsse, weil zwischen den Bienenvätern noch in sehr vielen Kardinalfragen z. B. über die zweckmäßigste Construction der Körbe die allergrößten Meinungsverschiedenheiten herrschen, welche sich möglicherweise auf einer Ausstellung theilweise begleichen ließen.

Mit Ausnahme der beiden genannten Spezialfächer herrscht dagegen in allen übrigen Zweigen der Landwirthschaft eine außerordentliche Theilnahme für das Unternehmen; die Anmeldungen steigern sich, und drohen das ganze Schaufeld sich zu annektiren, — und jene Landstriche, welche den eigenthümlichen heimischen Agrikulturverhältnissen, Rechnung tragend nicht als Aussteller erscheinen, wollen wenigstens als Besucher nach Hamburg kommen. Ihre Zahl ist, so weit sich das übersehen läßt, schon jetzt Legion, und bildet sich zur Unterbringung dieser Massen in unsern Mauern bereits auch ein Wohnungs-Comite, so daß für die Fremden jede Befürchtung, um Unterkunft in Verlegenheit zu gerathen, entfällt. — Der König von Schweden hat, wie wir so eben erfahren, den Sekretär der Akademie der Landwirthschaft, Professor Arrpenius, eine Autorität in seinem Fache, zum Regierungs-Kommissär für die Ausstellung ernannt. Auch die Wahl eines Preisrichters für Schweden ist genehmigt. Aus Oesterreich läuft so eben die Nachricht ein, daß sämmtliche erwählte Preisrichter — angenommen haben. Die Namen theilen wir im nächsten Berichte mit.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 4. Mai, Nachm. 3 Uhr. Die Börse zeigte Vertrauen. Die 3proz. begann in Folge höherer Consolsnotirungen von Mittags 12 Uhr (93 3/4) in günstiger Stimmung zu 69, 70, wich auf 69, 65, stieg dann bis 69, 80 und schloß in fester Haltung zur Notiz. Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 70. 4 1/2proz. Rente —. Italien. 5proz. Rente 72, 50. Italien. neueste Anleihe 73, 80. 3proz. Spanier 50 5/8. 1proz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 498, 75. Credit-mobilier-Aktien 1427, 50. Lomb. Eisenbahn-Aktien 605, —.

London, 4. Mai, Nachm. 3 Uhr. Türkische Consols 52 7/8. Consols 93 3/4. 1proz. Spanier 47 3/4. Mexikaner 36 1/2. 5proz. Russen 94. Neue Russen 92 3/4. Sardinier 86.

Wien, 4. Mai, Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Sehr fest. 5proz. Metall. 76, 25. 4 1/2proz. Metall. 68, 50. 1854er Loose 95, 25. Bank-Aktien 793. Nordbahn 177, 50. National-Anleihe 80, 90. Staats-Eisenb.-Creditaktien 200, —. Aktien-Cert. 217, —. London 111, —. Hamburg 83, 25. Paris 44, —. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 159, —. Lombardische Eisenbahn 264, —. Neue Loose 133, 75. 1860er Loose 98, 50.

Frankfurt a. M., 4. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oesterr. Effekten, besonders 1860er Loose bei sehr bedeutendem Umsatze steigend. Böhm. Westbahn 72 1/2. Finnl. Anleihe —. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 140 7/8. Wiener Wechsel 106 7/8. Darmstädter Bankaktien 233 1/2. Darmst. Zettelbank 255. 5proz. Metalliq. 66 5/8. 4 1/2proz. Metall. 60 1/4. 1854er Loose 85 B. Oesterr. National-Anleihe 71. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 229 B. Oesterr. Bank-Antheile 835. Oesterr. Credit-Aktien 211 1/2. Neueste österr. Anleihe 89 7/8. Oesterr. Elisabet-Bahn 133 1/2 B. Rhein-Nahe-Bahn 33 5/8. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 128 B.

Hamburg, 4. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Bedeutendes Geschäft, besonders in türkischen Consols, die 46 1/2 begehrt ohne Abgeber blieben. Schluß-Course: National-Anleihe 72. Oesterr. Credit-Aktien 89 3/4. Vereinsbank 103 1/2. Norddeutsche Bank 106 1/2. Rheinische 101 1/2. Nordbahn 64 3/4. Disconto —. Wien —. Petersburg —.

Hamburg, 4. Mai [Getreidemarkt.] Weizen loco mehr angeboten, ab auswärts ruhig. Roggen loco fest, ab Danzig einzeln zu 75, pr. Mai ab Königsberg zu 76 Thlr. offerirt, Getreidemarkt still in Erwartung der londoner Getreidedepesche. Oel pr. Mai 32 3/8, pr. Okt. 29 7/8. Kaffee 3200 Sack Domingo schwimmend fürs Mittelmeer verkauft.

Liverpool, 4. Mai. [Baumwolle.] 15,000 Ballen Umsatz. — Preise 1/8 theurer.

London, 4. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen langsam, in fremdem nur Detailgeschäft. Preise wie am vergangenen Montage. Gerste, Bohnen und Erbsen etwas theurer. Von Hafer nur geringen Vorrath, einen halben Schilling theurer. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 4. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen fest. Roggen loco zwei Fl. höher, Terminroggen preishaltend. Raps October 74 1/2 bis 75. Rüböl Herbst 42 7/8.

Berlin, 4. Mai. Die Börse ist auf die Entscheidung gespannt, die heute Abend 8 Uhr über die Begebung der 60er Loose fallen soll. Wiener Depeschen bereiten darauf vor, daß der Zuschlag, wenn an Pereire ertheilt, die Course zum Steigen bringen müsse. Es entspricht allerdings den seitherigen Erfahrungen, daß mit den Operationen, welche unter dem Patronat der Brüder Pereire vor sich gehen, ein rasches Aufflackern der Hausse Hand in Hand zu gehen pflegt. Die Börse enthält sich daher, bis sie das Ergebniß der Submission kennt, aller Thätigkeit, und diese Enthaltung giebt ihr in der Regel auch eine flauere Färbung. Das Geschäft ruhte beinahe in allen Effectengattungen, selbst Papiere, die an den stillsten Börsentagen der vorigen Woche nicht ohne alle Bewegung waren, wie z. B. die leichten Eisenbahnaktien und Crediteffekten, stagnirten heute vollständig. Nur in österreichischem Credit und 60er Loosen, und in den letzten nicht ohne Schwankungen, war ein einiges Leben; auch für manche von den guten inländischen Eisenbahn-Aktien waren Aufträge vorhanden, die gegen Ende auch den Coursstand behaupteten. Derselbe hielt sich übrigens im Allgemeinen höher als Sonnabends. Am Geldmarkt erhielt sich bei mäßigem Geschäft 3 pCt. Disconto. (B.-H.-Z.)

Berliner Börse vom 4. Mai 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anl.	4 1/2	101 3/8 bz.
Staats-Anl. von 1859	5	106 5/8 bz
dito 1850, 52	4	98 3/4 bz.
dito 1854	4 1/2	101 3/4 bz
dito 1855	4 1/2	101 3/4 bz
dito 1856	4 1/2	101 3/4 bz.
dito 1857	4 1/2	101 3/4 bz.
dito 1859	4 1/2	101 3/4 bz.
dito 1853	4	99 bz.
Staats-Schuldscheine	3 1/2	89 7/8 bz.
Präm.-Anl. v. 1855	3 1/2	128 1/4 bz
Berliner Stadt-Obl.	4 1/2	102 3/4 bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3 1/2	91 1/4 G.
Pommersche	3 1/2	91 bz
Posensche	4	103 1/4 G.
dito	3 1/2	97 3/4 bz.
dito neue	4	96 1/2 bz
Schlesische	3 1/2	94 1/4 G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	99 7/8 bz
Pommersche	4	99 3/4 bz
Posensche	4	97 B
Preussische	4	99 3/8 bz.
Westph. u. Rhein.	4	99 1/2 bz.
Sächsische	4	99 3/4 G.
Schlesische	4	100 G.

Louisd'or 110 G. | Oest. Bankn. 90 1/2 bz.
Goldkronen — — — | Poln. Bankn. 91 1/8 bz.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques	5	68 1/2 bz. u. G.
dito Nat.-Anl.	5	73 bz.
dito Lott.-A. v. 60.	5	89 1/4, 89 etw. à 89 5/8 [bz.
dito 54er Pr.-Anl.	4	86 1/2 B
dito Eisenb.-L.	—	80 1/2 bz.
Russ. Engl. Anl. 1862.	5	92 7/8 bz.
dito 4 1/2 % Anl.	4 1/2	91 1/2 G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	80 1/2 bz. u. G.
Poln. Pfdbr.	4	— — —
dito III. Em.	4	90 G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91 3/4 G.
dito à 300 Fl.	5	92 G
dito à 200 Fl.	—	23 1/2 G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	58 3/8 G.
Baden. 35 Fl. Loose.	—	31 1/2 B

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märkische	4 1/2	— — —
dito II.	4 1/2	100 1/2 bz.
dito IV.	4 1/2	100 1/4 B.
dito III. v. St. 3 1/2 g.	3 1/2	83 B.
Cöln-Minden	4 1/2	— — —
dito II.	5	103 G.
dito	4	— — —
dito III.	4	— — —
dito	4 1/2	100 3/4 G.
dito IV.	4	93 1/4 bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	92 G.
dito III.	4 1/2	97 1/2 bz
Niederschl.-Märk.	4	98 1/4 B.
dito conv.	4	98 1/4 G.
dito III.	4	97 B.
dito IV.	4 1/2	— — —
Niederschl. Zweigb.		— — —
Litt. C.	5	100 3/4 B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3 1/2	— — —
dito C. u. D.	4	97 1/2 B.
dito E.	3 1/2	85 1/2 B.
dito F.	4 1/2	— — —
Oest.-Franz.	3	280 bz. u. B.
Oest. südl. St.-B.	3	265 bz. u. B
Rhein. v. St. gar.	4 1/2	101 1/4 B.
Rhein-Nahe-B. gar.	4 1/2	100 3/4 B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3 1/2	3 1/2	3 1/2	92 1/2 G
Aachen-Mastrich	0	0	4	35 1/2 bz.
Amsterd.-Rottd.	5 1/10	6	4	100 1/2 bz.
Berg.-Märkische	6 1/2	6 1/2	4	108 1/4 bz.
Berlin-Anhalt	8 1/4	8 1/2	4	148 1/4 bz.
Berlin-Hamburg	6	6 1/4	4	122 bz
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	185 3/4 G.
Berlin-Stettin	7 1/15	7 1/15	4	137 1/2 B.
Böhm. Westb.	—	—	5	71 1/2 bz
Breslau-Freib.	6 7/8	8	4	134 1/2 B.
Cöln-Minden	12 1/4	—	3 1/2	176 bz. u. G.
Cosel-Oderberg	0	1/2	4	64 3/4 G.
dito St.-Prior.	—	—	4 1/2	94 1/2 B.
dito dito	—	—	5	98 1/4 bz.
Ludwigsh.-Bexb.	8	9	4	140 G.
Magd.-Halberst.	22 1/2	25 1/2	4	291 1/2 Klgkt. bz.
Magdb-Leipzig	17	17	4	245 1/2 B.
Mgdb.-Wittenbg.	1 1/6	1 1/14	4	63 7/8 bz.
Mainz-Ludwigsh	7	7 1/2	4	127 3/4 bz.
Mecklenburger	2 7/8	2 1/3	4	71 1/4 bz.
Neisse-Brieger	3 1/2	4 2/3	4	94 3/4 B.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	98 bz.
Niedrschl. Zwgb.	1 1/2	2 11/12	4	69 bz. u. B.
Nord., Fr.-Wilh.	3	—	4	65 1/4 u. 1/8 bz.
Oberschles. A.	7 1/10	10 11/15	3 1/2	163 1/2 bz.
dito B.	7 1/10	10 11/15	3 1/2	143 B.
dito C.	7 1/10	10 11/15	3 1/2	163 1/2 bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 7/8	—	5	130 bz.
Oest. südl. St.-B.	8	—	5	156 G
Oppeln-Tarn.	5/8	2 1/3	4	66 3/4 bz.
Rheinische	5	—	4	102 1/2 bz.
dito Stamm-Pr.	5	—	4	107 B.
Rhein-Nahebahn	0	—	4	32 1/2 bz.
Rhr.Crf.K.Gldb.	3 1/4	4 1/3	3 1/2	97 bz
Stargard-Posen	4	6	3 1/2	109 3/4 bz.
Thüringer	6 2/3	7 2/3	4	128 1/2 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1861	1862	Zf.	
Preuss. Bank-A.	4 7/10	6 4/5	4 1/2	128 1/4 bz.
Berl. Kassen-Ver.	5 11/15	5 11/15	4	117 1/2 B.
Danziger Bank	6	6	4	104 G.
Königsberger „	5 2/3	5 1/2	4	101 G.
Posener „	5 11/15	5 11/15	4	97 1/4 G.
Magdeburger „	4 1/10	4 1/10	4	92 3/4 B.
Braunschweiger	4	4	4	78 bz.
Weimar „	4	5	4	90 3/4 etw. bz.
Gothaer „	4 1/2	5 1/2	4	92 G
Geraer „	5 3/4	7 1/8	4	98 1/4 etw. bz.
Thüringer „	2 5/8	3	4	69 3/4 G.
Hamb. Nordd. B.	5	6	4	105 B.
„ Vereins-B.	5 1/6	6 1/4	4	104 bz.
Hannoversche „	4 1/2	5	4	98 1/2 bz. u. G.
Bremer „	5 2/3	5	4	105 G.
Luxemburger „	10	10	4	105 G.
Darmst. Zettelb.	8 2/3	9	4	102 bz.
Darmst. Credb. A.	5	6 1/2	4	93 1/2 bz
Leipz. Credb. A.	3	—	4	87 B.
Meininger „	6	7	4	97 1/4 bz. u. G.
Coburger „	3	8	4	95 Klgkt. bz.
Dessauer „	0	0	4	8 1/4 i. P. bz.
Oesterreich. „	7 3/4	8 1/2	5	90 bz.
Genfer „	2	—	4	57 1/8, 1/4 etw. u. 1/8 b.
Moldauer Lds.-B.	1 7/10	2 1/10	4	36 1/8 etw. bz
Disc.-Com.-Ant.	6	—	4	102 1/4 a 3/4 bz.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	110 B.
Schl. Bank.-Ver.	6	6	4	101 etw. bz.
Minerva	0	—	5	36 1/4 bz u G.
Fbr. v. Eisenbbdf.	5 1/4	—	5	104 1/4 bz u. G.

Berlin, 4. Mai. Weizen loco 58—70 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 80—81pfd. 45 3/8 Thlr. sofort zu entlöschen bez., 2 Ladungen 80—82pfd. 45 1/2—1/4 Thlr. bez., Mai und Frühjahr 45 1/4—3/8—1/8 Thlr. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 45 1/4—1/8 Thlr. bez. und Br., 45 Thlr. Gld., Juni-Juli 45 3/4—5/8 Thlr. bez., Juli-Aug. 46—45 3/4 Thlr. bez., Septbr.-Okt. 46 7/8—1/2 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 32—39 Thlr pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 23—24 1/2 Thlr., Lieferung pr. Frühjahr 23 1/2 Thlr. bez., Mai-Juni 23 1/2—1/4—3/8 Thlr. bez., Juni-Juli 23 1/2—3/4 Thlr. bez., Juli-Aug. 23 7/8 Thlr. bez. — Erbsen, Kochwaare 45—50 Thlr., Futterwaare 41—43 Thlr. — Rüböl loco 15 7/8 Thlr. bez., Mai 15 3/4—5/6—3/4 Thlr. bez. und Br., 2/3 Thlr. Gld., Mai-Juni 15 1/3—7/24 Thlr. bez. und Br., 1/4 Thlr. Gld., Juni-Juli 14 3/4 Thlr. Br., 2/3 Thlr. Gld., Juli-Aug. 14 1/4 Thlr. Br., 1/6 Thlr. Gld., Aug.-Septbr. 14 Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 13 7/8—11/12 Thlr. bez. und Br., 7/8 Thlr. Gld. — Leinöl loco 15 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 14 7/8—5/6 Thlr. bez., Mai und Mai-Juni 14 23/24—15 1/8—1/24 Thlr. bez. und Gld., 1/12 Thlr. Br., Juni-Juli 15 1/8—1/4 Thlr. bez. und Br., 1/6 Thlr. Gld., Juli-Aug. 15 1/2—5/8—13/24 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Gld., Aug.-Septbr. 15 3/4—7/8 Thlr. bez. und Br., 5/6 Thlr. Gld., Sept.-Oktbr. 15 23/24—16 1/24 Thlr. bez.

⁂ **Breslau,** 5. Mai Wind: West. Wetter: warm. Thermometer Früh 10° Wärme. Die Angebote waren im Allgemeinen mittelmäßig guten Umfangs, die Kauflust lebhafter, Preise fest.

Weizen fester bei guter Frage; pr. 85pfd. weißer 64—78 Sgr., gelber 64—75 Sgr., feinste Sorten 1—2 Sgr. über Notiz bez. — Roggen fest; pr. 84pfd. 49—53 Sgr. — Gerste sehr fest; pr. 70pfd. weiße 40—41 Sgr., gelbe 36—39 Sgr. — Hafer sehr fest; pr. 50pfd. schlesischer 27—28 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen ohne Frage. — Oelsaaten ohne Angebot. — Schlaglein schwach gefragt. — Rapskuchen vernachlässigt; 48—51 Sgr. pr. Ctr. — Futter-Lupinen 40—48 Sgr. Saat-Lupinen 52—54 Sgr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	65—73—78	Wicken	32—38—42
Gelber Weizen	63—70—76		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	48—50—53	Schlag-Leinsaat	180—190—200
Gerste	34—38—43	Winter-Raps	— — — —
Hafer	26—28—30	Winter-Rübsen	— — — —
Erbsen	43—48—52	Sommer-Rübsen	— — — —

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—22 Sgr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.